



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunalpolitische Leistungsbilanz der Union:

Mehr gehalten als versprochen

KPV-Bundesvorsitzender MdB Peter Götz
mit Zahlen und Fakten

Eine durchweg positive Bilanz der kommunalpolitischen Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung in den Jahren 2005 bis 2009 hat der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion und Bundesvorsitzende der KPV, MdB Peter Götz gezogen.

„CDU und CSU haben in den vergangenen Jahren die Handlungsfähigkeit der Rathäuser grundlegend gestärkt. Die kommunale Finanzkrise, eine Erblast der rot-grünen Vorgängerregierung, wurde erfolgreich überwunden. Der wichtigste Beitrag war die Schaffung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, wovon letztlich die kommunale Ebene enorm profitieren konnte. Wir haben mehr gehalten als versprochen!“, stellt Götz in einer aktuellen Leistungsbilanz dar. 2006, 2007 und 2008 erwirtschafteten die Kommunen Götz zufolge Haushaltsüberschüsse in Höhe von insgesamt 18,9 Mrd. Euro. Städte, Gemeinden und Landkreise konnten in dieser Legislaturperiode knapp 9 Mrd. Euro Kreditmarktschulden abbauen. Im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Arbeitsmarktreform Hartz IV) kämpften CDU und CSU erfolgreich für eine kommunale Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro.

ÖPNV-Kompromiss

Auch hatte das Engagement der unionsgeführten Bundesregierung im Frühjahr 2006 in Brüssel Erfolg, wie Götz betont: Die Kommunen hätten mit dem gefundenen ÖPNV-Kompromiss weiterhin freie Hand, für die Bürgerinnen und Bürger einen effektiven und bezahlbaren Personennahverkehr zu erhalten und auszubauen. Der erzielte Kompromiss gewähre auch in Zukunft unter bestimmten Voraussetzungen die Vergabe von Nahverkehrsleistungen an städtische Verkehrsunternehmen ohne

Wer mit bayerischer
Kommunalpolitik
und mit
Wirtschafts- und
Umweltfragen
zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende
Informationsquelle
für Kommunalpolitiker

europaweite Ausschreibung. Außerdem sichere er den Fortbestand der Verkehrsverbünde in Deutschland. Schließlich bleibe die Inhouse-Vergabe, d. h. die Direktvergabe an einen internen Betreiber, auch in solchen Fällen möglich, in denen kommunale Verkehrsunternehmen mit ihren Linien Ortsgrenzen überschreiten und Verbundräume bedienen.

Daseinsvorsorge

Die Verwaltungspraxis zum steuerlichen Querverbund im Bereich der Daseinsvorsorge ist ab 2009 auch gesetzlich im Sinne der Kommunen geregelt. Die Union hat bei den Beratungen zum Jahressteuergesetz 2009 dafür Sorge getragen, dass die bisherigen Verwaltungsgrundsätze bei der Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art vollumfänglich im Gesetz verankert wurden.



Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion und Bundesvorsitzender der KPV.

Mit der Reform des Vergaberechts 2009 stellte die unionsgeführte Koalition laut Götz klar, dass Grundstücksveräußerungen der Kommunen sowie die anschließende Investorenauswahl nicht mehr einer Ausschreibungspflicht unterliegen. Folge der durch Rechtsprechung erzwungenen Anwendung des Vergaberechts war ein grundsätzlicher Strukturwandel im Bereich der Stadtentwicklung und des kooperativen Städtebaurechts.

Kinderbetreuung

CDU und CSU stehen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Weiterentwicklung des Elterngeldes sowie die Absetzbarkeit von Betreuungskosten. Im Gegensatz zu dem nicht gegenfinanzierten Tagesbetreuungsbaugesetz von Rot-Grün habe die unionsgeführte Koalition die Finanzierung des Ausbaus (Fortsetzung auf Seite 4)



Wandelkonzert zum Abschluss der diesjährigen Alzenauer Burgfestspiele im Schlosspark Wasserlos (siehe Seite 14).

Plädoyer für eine berechenbare Politik

Tagung der bayerischen
Krankenhausdirektoren in Bad Gögging

Bei der Jahrestagung der bayerischen Krankenhausdirektoren in Bad Gögging hat Siegfried Hasenbein, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), darauf hingewiesen, dass die bayerischen Kliniken und ihre rund 160.000 Beschäftigten von der künftigen Bundesregierung auskömmliche und stabile Rahmenbedingungen benötigen. Die grundsätzlichen Voraussetzungen dafür seien nach den in diesem Jahr zugestandenen zusätzlichen Mitteln getroffen.

Nach Meinung der BKG bedürfe es nunmehr einiger Konkretisierungen und Ergänzungen, damit die Krankenhäuser auf eine verlässliche Basis setzen könnten. Die neue Bundesregierung dürfe auf drohende Einnahmeausfälle im Gesundheitsfonds

lich seien damit eine höhere Qualität und ein effizienterer Einsatz von knappen Ressourcen zu erzielen. Landesvorsitzender Günther Pfaffeneder vom Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands, der zusammen mit der BKG die traditionsreiche Tagung ausrichtet, appellierte an alle Beteiligten, sich „ohne verbandspolitisches Kirchturmdenken und parteipolitischen Populismus“ dieses zentralen Problems der künftigen Gesundheitspolitik anzunehmen.

Gemeinsame Anstrengungen

Um dem drohenden Ärztemangel entgegenzuwirken, forderten beide Verbände gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern. Bei Letzteren liege die Verantwortung für die dringend notwendige Anpassung der Studienkapazitäten und einen besseren Zugang im Studienfach Humanmedizin. Darüber hinaus seien aber auch eine Überprüfung der zu spezialisierten Weiterbildungsvorschriften, eine bessere Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung im Krankenhaus sowie Anstrengungen für eine bessere Kombination von Beruf und Familie notwendig, so Pfaffeneder. Schließlich werde der Arztberuf „immer femininer“. Über 60 % der Medizinstudienabgänger seien inzwischen weiblich.

Für den Vorsitzenden der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Forchheims Oberbürgermeister Franz Stumpf, fällt das Fazit der Gesundheitspolitik der Bundesregierung der vergangenen vier Jahre „differenziert“ aus. Vielen, zum Teil erheblichen Kritikpunkten, stünden auch positive Ansätze gegenüber. Was allerdings die große ordnungspolitische Linie in der letzten Legislaturperiode angeht, fällte Stumpf aufgrund eines Kurses der „Zentralisierung und Gleichmacherei“ ein negatives Urteil.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Tag des offenen Denkmals:

Im Zeichen des Genusses

Entspannung von den Mühen des Alltags, Genuss und Lebensfreude ist seit vielen Jahrhunderten bis heute das Bestreben der Menschen. Deshalb fand der diesjährige Tag des offenen Denkmals unter dem Motto „Historische Orte des Genusses“ statt.

Bereits zum 17. Mal lud die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ein, historische Gebäude und Denkmäler in kostenlosen Veranstaltungen kennen zu lernen.

Bundesweit wurden über 4,5 Millionen Besucher gezählt. Von Aachen bis Zwickau waren über 7.500 Baudenkmale, Parks und archäologische Stätten geöffnet. In Bayern nahmen gut 800 historische Stätten an der Aktion teil. Insgesamt gibt es im Freistaat etwa 126.000 Baudenkmäler

Sonderführungen

Passend zum Thema präsentierten dieses Mal besonders viele historische Gasthäuser, Lustgärten, Bäder sowie Kino- oder Theaterbauten ihre Geschichte und Architektur. Bei Sonderführungen, Ausstellungen oder Handwerkervorführungen konnten die Zuschauer erfahren, welche Orte des Genusses bis heute erhalten sind und wie sie gepflegt werden, damit auch zukünftige Generation ihre Schönheit erleben können.

So wurden in Erlangen bei zwei Führungen im Markgrafen-Theater Blicke hinter die Kulissen angeboten. In der Neischl-Grotte im Botanischen Garten waren die neu restaurierten und modellierten Tropfsteine dieses einmaligen geowissenschaftlichen Denkmals zu bewundern. Das Stadtmuseum wiederum bot einen Rundgang im Gebäude mit dem Motto „Führungen zur Hausgeschichte“ an und die Lamm-Lichtspiele zeigten historische Filme über Erlangen.

Vielfältig und individuell

Brauereien sorgten nicht nur für gutes Essen und Trinken, sondern informierten auch mit Führungen über die Herstellung und Tradition des Erlanger Bieres. Bei einem Stadtrundgang mit dem Thema „Historische Brauereien, Gasthäuser, Ateliers und Geschäfte in Baudenkmalen“ erklärten die Stadtführer

Geschichten und Besonderheiten in und um die historischen Gebäude in der Innenstadt.

In Nürnberg wiesen Mitarbeiter des Garnisonmuseums den Weg zu Offiziersspeiseanstalten, Kasinos und viel besuchten Soldatenlokalen. Auch war die „Jugendstilperle“, das 1913 eröffnete Volksbad, für Besucher seit langer Zeit wieder einmal zugänglich. Trotz Kriegszerstörungen und Wiederaufbau sind noch viele Gestaltungselemente aus dem frühen 20. Jahrhundert erhalten und erkennbar. Die drei großen Schwimmhallen zeigen Anlehnungen an antike Bäder. Bei den Führungen erfuhren die Besucher auch mehr über die römischen und irischen Schwitzbäder, die Wannenbäder und das Hundebad. Auch die Badeordnungen des frühen 20. Jahrhunderts liefern weitreichende Einblicke in eine bereits vergangene Hygiene- und Badekultur.

So vielfältig und individuell Orte des Genusses sein können, so vielseitig war auch das dies-

Neues von Sabrina



Schon immer wollte der Bürgermeister etwas Künstlerisches mit Licht in der Stadt initiieren. Dafür hat er einen lokalen Künstler beauftragt, die alte Idee von „son et lumière“ aus Frankreich wiederzubeleben. Bleibt abzuwarten, wie diese Prise Nostalgie bei den Leuten ankommt. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Es geht um den Finanzausgleich	2
Initiativen und Aktionen	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Gute Jahre für die Kommunen	3
Wertvolle Tipps in schwierigen Zeiten	3
Sparkassen mit an Bord	4
GZ-Fachthemen: Kommune 2009 in Nürnberg	6/7
IT für die Kommunalverwaltung	8-11
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Nachtragsetat 2010:

Es geht um den Finanzausgleich

**SPD verlangt 500 Millionen mehr für die Kommunen
Fahrenschon um „gerechte Lösung“ bemüht**

Angesichts drohender „dramatischer Einbrüche“ bei der Gewerbesteuer hat die SPD-Landtagsfraktion für das kommende Jahr eine Aufstockung der Schlüsselmasse des kommunalen Finanzausgleichs um 500 Mio. Euro gefordert. Ihre Haushalts- und Finanzpolitiker haben in den letzten Wochen rund 40 Städte und Gemeinden aller Größenordnung besucht und dabei quer durch die Rathausparteien die Enttäuschung und Unzufriedenheit über die FAG-Verbundquote sowie über die schleppende Umsetzung des Investitionsprogramms des Bundes und der Länder in Bayern zu hören bekommen. Finanzminister Georg Fahrenschon erklärte, man werde im Herbst bei den Gesprächen zum Finanzausgleich 2010 „eine gerechte Lösung finden“.

Adelheid Rupp, stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses und die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Dr. Simone Strohmayr verwiesen vor der Presse im Maximilianeum darauf, dass die Gewerbesteuer-einnahmen heuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum bereits um 14,9% zurückgegangen seien. Dem müsse mit 500 Mio. Euro im FAG entgegengehalten werden. Bayern gewähre seinen Kommunen mit 11,94% des allgemeinen Steuerverbundes unter allen deutschen Flächenländern den niedrigsten Anteil. In Baden-

Württemberg und Nordrhein-Westfalen betrage er 23%.

Rasche Auszahlung

Umso wichtiger sei es, neben der Erhöhung des allgemeinen Finanzausgleichs das Konjunkturprogramm rasch auszuführen. Das Bewilligungs- und Zuteilungsverfahren durch die Bezirksregierungen sei „unglaublich bürokratisch“. Kritisiert werde in Städten und Gemeinden aber auch, dass der Freistaat es nicht bei dem versprochenen Eigenanteil geförderter Maßnah-

men von 12,5% belasse. Im Durchschnitt liege er laut Innenministerium bei 16%. Einzelne Kommunen müssten sich mit bis zu 30% beteiligen. Zu eng sei auch der Rahmen der förderungswürdigen Projekte. De facto werde das Konjunkturprogramm auf die energetische Sanierung eingeschränkt, obwohl der Bund es wesentlich breiter angelegt habe.

Förderrahmen zu eng

Rupp und Strohmayr zitierten den Städtetagsvorsitzenden, OB Hans Schaidinger (Regensburg): Hauptsächlich würden das Ausbaugewerbe, Fensterbauer und Dämmstoffproduzenten vom Konjunkturpaket profitieren. Die SPD-Fraktion will u.

a. auch die Schaffung von Räumen für die Ganztagsbetreuung in den Schulen sowie die Sanierung von Turnhallen und Sanitäranlagen aus dem Konjunkturprogramm fördern.

Strukturelle Verbesserung

Von den für den Freistaat vorgesehenen 1,43 Mrd. Euro seien bis Ende August nur 30,3% bewilligt worden, die noch längst nicht voll in den kommunalen Kassen angekommen seien. Die SPD-Fraktion hat auf Grund ihrer „Tour durch die Kommunen“, so Rupp, beschlossen, die kommunalen Finanzen zu einem Schwerpunkt des Nachtragshaushalts 2010 zu machen. Heuer umfasst die FAG-Schlüsselmasse in Bayern 6,86 Mio. Euro.

Der Finanzminister konterte, der Freistaat habe in den letzten Jahren die Anteile der Kommunen an den Steuerverbünden mehrfach erhöht und damit für eine dauerhafte strukturelle Verbesserung gesorgt. Durch die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen in Städten und Gemeinden in den vergangenen Jahren seien die Kommunen derzeit relativ gut gewappnet, die zu erwartende Durststrecke zu überwinden. Der Staat könne sie letztlich nicht von den

Folgen der Wirtschaftskrise freistellen. Die 500-Millionen-Forderung

erachtete Fahrenschon als „völlig überzogen“.

rm

Nach S-Bahn-Attacke:

Gedenken an das Opfer von Solln

Ministerpräsident Horst Seehofer verleiht Dominik Brunner posthum den Bayerischen Verdienstorden

Der bayerische Ministerrat hat in seiner Kabinettsitzung des Opfers des brutalen und abscheulichen Verbrechens in Solln in einer Gedenkminute gedacht. Seehofer: „Das gesamte bayerische Kabinett verneigt sich mit Respekt und in Hochachtung vor dem Opfer von Solln. Wir alle sind fassungslos über das brutale und abscheuliche Verbrechen. Dominik Brunner wollte junge Menschen vor Straftätern schützen und hat diese Zivilcourage mit seinem Leben bezahlt. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freunden. Dominik Brunner hat nicht wegesehen, als Menschen in Gefahr waren. Sein Verhalten ist Vorbild für eine menschliche Gesellschaft. Sein Tod ist Mahnung gegen Gleichgültigkeit, Brutalität und Gewalt. Wir trauern um ihn und werden sein Andenken auch öffentlich bewahren. Im Einvernehmen mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Martin Zeil habe ich entschieden, Dominik Brunner posthum mit der Verleihung des Bayerischen Verdienstordens zu ehren. Wir alle können gemeinsam ein öffentliches Zeichen setzen, dass sein Tod uns tief getroffen hat und dass wir uns gemeinsam gegen Gewalt in unserem Land stemmen.“

□

Stoiber-Gruppe stellt Arbeitsbericht vor:

Jetzt müssen Taten folgen

EU-Gesetzgebung besser an kleine Unternehmen anpassen

Rund 41 Milliarden Euro jährlich könnten kleine und mittlere Unternehmen in Europa durch die Arbeit der Expertengruppe unter Leitung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zur Entbürokratisierung sparen. „Bürokratieabbau ist ein günstiges und wirkungsvolles Konjunkturprogramm! Dies zeigt der Arbeitsbericht der so genannten „Stoiber-Gruppe“, der heute in Brüssel vorgestellt wurde, sehr deutlich“, sagte die oberbayerische CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler.

„Die Vorschläge müssen jetzt rasch umgesetzt werden“, so Angelika Niebler. „Meine Fraktion unterstützt die Forderungen der Expertengruppe ohne Vorbehalte“. Wir werden den alten und neuen Kommissionspräsidenten Barroso daran messen, ob er die Vorschläge der Stoiber-Gruppe umsetzt. Barroso hatte anlässlich seiner Wahl im Europäischen Parlament angekündigt, dass er in den kommenden Jahren 25 Prozent der Verwaltungskosten einsparen wolle.

Die Gruppe hat in den letzten

zwei Jahren ganz konkrete Vorschläge gemacht, um speziell kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten“, so Niebler weiter. Die Vorschläge umfassen die Möglichkeit der elektronischen Rechnungsstellung im Bereich der Mehrwertsteuer sowie die Abschaffung der Handelsbilanz und Rechnungsprüfung bei Kleinstunternehmen. „Gerade in kleineren Betrieben ist der Aufwand bei den Bilanzregeln und den Berichts- und Dokumentationspflichten überproportional hoch, sagte die CSU-Europaabgeordnete. □

CSU Oberbayern zur Tourismuspolitik:

Initiativen und Aktionen

Welche Maßnahmen in nächster Zeit notwendig sind, damit Bayern das Tourismusland Nr. 1 bleiben kann, erläuterten bei einer Pressekonferenz der CSU Oberbayern hochrangige Experten aus dem Deutschen Bundestag und dem Bayerischen Landtag sowie der Präsident des Wirtschaftsbeirates der Union, Dr. Otto Wiesheu zusammen mit dem oberbayerischen CSU-Bezirksvorsitzenden und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei Siegfried Schneider.

Staatsminister Siegfried Schneider verwies zunächst auf eine bayerische Bundesratsinitiative für eine tourismusrelevante Infrastruktur sowie auf viele im Konjunkturprogramm jetzt enthaltene Baumaßnahmen zur Barrierefreiheit. Besonders für Oberbayern, der Region mit dem höchsten Tourismusanteil, seien Fortschritte in der Tourismuspolitik von höchster Wichtigkeit.

Wettbewerbsverzerrungen durch Mehrwertsteuer

Der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, MdB Ernst Hinken, stellte u. a. die Forderung der CSU, die Mehrwertsteuer im Gastgewerbe von 19 auf 7 Prozent zu senken, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Die Wettbewerbsverzerrung rufe gerade in Grenzregionen zu Frankreich und Österreich maßgebliche Nachteile in der Tourismusbranche hervor. Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, forderte seinerseits eine verbesserte Ausbildung an den Tourismusschulen in Bayern bis hin zur Hochschulreife.

Stabiler Fremdenverkehr

Otto Wiesheu befürwortete ein vernünftiges Zusammenwirken zwischen staatlichen und privaten Tourismusschulen. Gute Beispiele gäbe es bereits u. a. in der Oberpfalz, eine neue private Schule werde im Herbst in Bad Reichenhall eröffnet. Bayerns ehemaliger Wirtschaftsminister wies zudem auf die vom Mittelstand geprägte Tourismusbranche hin, die Entwicklung des Tourismus sei auch 2009 in Bayern stabil, somit ein konstanter Wirtschaftsfaktor und demnach die weitere Entwicklung unbedingt zu fördern.

Regionale Vernetzung

Die Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus im

Deutschen Bundestag, Marlene Mortler, plädierte dafür, die Zersplitterung der einzelnen Tourismusverbände einer übergreifenden regionalen Werbung weichen zu lassen und gemeinsam für ein zusammenhängendes großes Tourismusgebiet zu werben. Barrierefreies und komfortables Reisen müsse selbstverständlich werden.

Interessant in diesem Zusammenhang dürfte auch ein inzwischen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) erstelltes Gutachten zu den „Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus und Schlussfolgerungen für die Tourismuspolitik“ sein: Dieses hat festgestellt, dass die Bedeutung der Senioren im Tourismus rascher wächst als ihr Anteil an der Bevölkerung. Senioren sind der „Wachstumsmotor“ des Tourismus.

Intensivierung des Werbens um ältere Touristen

Ernst Hinken sieht in der Untersuchung einen wichtigen Denkanstoß für die Tourismuspolitik. „Bei einer schrumpfenden Bevölkerung muss um die stärker auslandserfahrenen älteren Touristen noch stärker geworben werden“, hob der Tourismusbeauftragte hervor.

Bis 2020 wird die Gruppe der über 55-Jährigen die größte Bevölkerungsgruppe in Deutschland sein und rückt daher auch noch stärker in den Fokus von Tourismuswirtschaft und Tourismuspolitik. Deshalb erstellte das Institut für Tourismus und Bäderforschung in Nordeuropa (N.I.T.) in Kooperation mit dwif-Consulting Berlin und TNS Infratest München das Gutachten. Darin werden andere wichtige Faktoren für touristische Trends wie z. B. die Entwicklung des Klimawandels, der Energiepreise oder der Einkommen explizit nicht berücksichtigt.

Nach den Ergebnissen der Studie hat die demographische

Entwicklung zwar Auswirkungen auf den Tourismus in Deutschland, diese sind aber insgesamt nicht dramatisch. Es wird ein leichter Anstieg des Urlaubs- und Kurzreisevolumens prognostiziert und eine Verschiebung der Marktanteile zu Gunsten der Senioren (+ 3,2 Mio. Urlaubsreisen der über 60-

rismus werden durch die Effekte des demographischen Wandels weiter verstärkt.

Wachstumsregionen

Beim touristischen Angebot können die demographischen Wachstumsregionen (Gebiete, in denen u. a. durch Zuwanderung die Bevölkerung wächst) ihre Infrastruktur stärker auslasten, während man in demographischen Schrumpfungsregionen mit einer Angebotsausdünnung rechnen muss, die sich dann auch wieder auf den Tourismus auswirkt.

Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Jährigen; unter 60-Jährige: - 2,8 Mio. Urlaubsreisen) und der Ein-Kind-Familien. Bei dieser Strukturverschiebung der Nachfrage ist zu beachten, dass die Bedeutung der Senioren im Tourismus rascher als ihr Anteil an der Bevölkerung wächst.

Weiter wird es nach Ansicht der Institute zu einem moderaten Rückgang der Inlandsreisen (- 1,2 Mio.) und mehr Auslandsreisen (+ 3,2 Mio.) kommen (hauptsächlich verursacht durch Personen zwischen 60 und 79 Jahren), zu einer geringeren Saisonalität der Reisen (weniger Sommerurlaube), zu mehr Pkw- und weniger Busreisen. Es wird ein höherer Stellenwert der Bereiche Kultur, Natur und Gesundheit bei gleichzeitigem Rückgang der Bade- und Ausruhurlaube gesehen. Die Geschäftsreisen werden vom demographischen Wandel kaum berührt sein.

Fachkräftemangel

Auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes sehen die Forscher eine Strukturveränderung in Richtung eines älter werden Arbeitskräftepotenzials. Der zunehmende Fachkräftemangel und der wachsende Wettbewerb um qualifiziertes Personal im Tou-

ismus rechnen muss, die sich dann auch wieder auf den Tourismus auswirkt.

Insgesamt sehen die Gutachter die größten Herausforderungen, denen der Deutschland-Tourismus durch den demographischen Wandel ausgesetzt ist, in der Verschiebung und wachsenden Vielfalt der Zielgruppen und ihrer Ansprüche, im rückläufigen Anteil von Inlandsreisen, und bei den Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Herausforderungen werden regional unterschiedlich stark sein.

Neue Potentiale prüfen

Als adäquate Ziele für die Tourismuspolitik werden die Stärkung des Tourismusstandortes Deutschland, die Förderung der Attraktivität der inländischen Reiseziele für Senioren und die Prüfung neuer touristischer Potenziale für demographische Schrumpfungsregionen genannt. Neben nachfragegerechten Mobilitätsangeboten werde der Förderung attraktiver Arbeitsbedingungen sowie der Qualifizierung und Professionalisierung der Beschäftigten einschließlich der Sicherung junger Arbeitskräfte in der Tourismusbranche eine wichtige Rolle zukommen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Plattmeier
91217 Hersbruck
am 30.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Westphal
91802 Meinheim
am 8.10

Bürgermeister Robert Karr
91620 Ohrenbach
am 30.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans Hawlitschek
83457 Bayerisch Gmain
am 4.10.

Bürgermeister
Josef Federhofer
94051 Hauzenberg
am 7.10.

Bürgermeister Herbert Sieber
86984 Prem
am 9.10.

Bürgermeister Ottmar Brunner
91180 Heideck
am 11.10.

Bürgermeister Gotthard Schlereth
97723 Oberthulba
am 11.10.

Bürgermeister Matthias Maier
83569 Vogtareuth
am 30.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Oswald
94508 Schöllnach
am 2.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Karg
86925 Fuchstal
am 29.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Carsten Joneitis
96173 Oberhaid
am 11.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Gunsenheimer
96479 Weitrandsdorf
am 9.10.

Bürgermeisterin Birgit Erb
97656 Oberelsbach
am 30.9.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wertvolle Tipps in schwierigen Zeiten

Tagung in Würzburg zeigt Landwirten Wege aus der aktuellen Krise auf

Was ist neben der Landwirtschaft zusätzlich möglich, um an Geld zu kommen? Diese Frage wird laut Jakob Opperer, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, für Bäuerinnen und Bauern immer wichtiger. Die Sektoren Energie, Dienstleistung sowie die geschickte Verwertung des Besitzes können den Landwirten aus der Krise helfen, erklärte Opperer bei einer Tagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) in Würzburg.

In Bayern können die wenigsten Bauern ihre Existenz alleine mit der landwirtschaftlichen Urproduktion auf solide Füße stellen, so Opperer. Rund 85 Prozent der Bauern haben heute mindestens ein weiteres Standbein. Beliebte ist zum Beispiel der Einstieg in die Direktvermarktung, das Erzeugen von Bioenergie oder das Angebot „Urlaub auf dem Bauernhof“. Mit diesen Ideen streuen die Landwirte ihr Risiko, sorgen für mehr Stabilität und verkleinern ihre Abhängigkeit von einzelnen Märkten. Erhebungen zufolge muss die Diversifizierung nicht zwangsläufig mehr Arbeit bedeuten. Bietet eine Bauernfamilie zum Beispiel zusätzlich „Urlaub auf dem Bauernhof“ an, heißt dies letztlich meist weniger Stress für die Bäuerin, als würde die Familie ausschließlich von der Milchherzeugung leben.

Wie Dienstleistungen gegen Bares erbracht, Immobilien geschickt verwertet und die Wandlung vom Landwirt zum Energiewirt clever vollzogen werden kann, wissen die wenigsten Landwirte von alleine. Bei der „multifunktionalen Organisation“ ihres Betriebs ist der Rat von Profis nötig, so Opperer. Welche Dienstleistungen müssen sinnvoller Weise eingekauft werden, um möglichst viel Gewinn zu generieren? Welche Arbeiten werden

am besten ausgelagert? Dies sind nur einige wenige Fragen, die beantwortet werden müssen, wenn ein Betrieb neu aufgestellt werden soll. Wenn sich der Landwirt entschließt, für andere Dienstleistungen außerhalb der klassischen Landwirtschaft zu erbringen, sind schließlich soziale Kompetenzen gefragt, die er sich womöglich erst aneignen muss.

„Precision Farming“

Ist der Gewinn zu klein, muss sich der Landwirt laut DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer fragen, ob er tatsächlich genug „produktionstechnische Finesse“ entwickelt hat. Nur durch innovative Techniken könne der Bauer heute der unheilvollen Falle von steigenden Kosten bei sinkenden Rohstoffpreisen entgehen. Das Stichwort heißt „Precision Farming“. Dies bedeutet, dass ein Landwirt heute exakt auf die individuellen Ansprüche einer bestimmten Pflanze reagieren kann. Zum Beispiel durch genaue Bodenanalytik. Dabei entnehmen High Tech-Geräte Bodenproben, die in einem Schnellverfahren analysiert werden. Der Landwirt kann daraufhin den Boden präzise düngen – was die Düngstoffe und die Menge angeht. Weil Dünger teuer ist, lässt sich durch diese Methode viel Geld sparen.

Zum ersten Mal haben Landwirte seit diesem Monat die Möglichkeit, sich fundiert über relevante Agrarmärkte und Tendenzen im Handel zu informieren, Analysen von Experten zu den Marktinformationen zu studieren und die internationale Marktentwicklung zu verfolgen. Dafür sorgt der DLG-AgrarTicker, der am Mittwoch in Würzburg vorgestellt wurde. „Informationen sind heute unverzichtbare Erfolgsparameter“, begründete Bartmer die Neuentwicklung der Landwirtschafts-Gesellschaft. Zweimal wöchentlich wird der Ticker ab sofort per Mail an die Landwirte verschickt. Wöchentlich einmal gibt es Interviews mit Branchenexperten und Hintergrundinformationen zu einem Schwerpunktthema.

Detaillierte Informationen helfen, den Vermarkterfolg zu steigern. Sie reichen für den Gesamterfolg eines landwirtschaftlichen Betriebs jedoch nicht aus. Landwirte müssen nach Informationen von Folker Hellmeyer, Chefanalyst der Bremer Landesbank, permanent darum bemüht sein, ihre Produktivität zu steigern. Eine Ausweitung der Anbaufläche ist schließlich aufgrund der Begrenztheit des Bodens in den meisten Fällen nicht möglich. In den zurückliegenden fünf Jahrzehnten gelang es zum Teil sehr gut, effizienter zu wirtschaften. So konnte die Produktivität im Weizenanbau im Vergleich zu 1960 um 123 Prozent gesteigert werden. Auch die Reiserzeugung wurde durch geschickten Anbau effektiver. Heute wird auf derselben Fläche doppelt so viel Reis produziert wie 1960.

Für Christian Stockinger von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft langt es nicht, wenn Landwirte mit neuer Technologie zur Produktivitätssteigerung und Kostensenkung gekonnt umgehen können. Es stelle sich die Frage, wie die „Großbestandstechnologie“ in kleinen Betrieben realisiert werden kann. Das Problem ist vor allem in Bayern brisant. Hier beträgt zum Beispiel die durchschnittliche Zahl der gehaltenen Kühe lediglich 27. Betriebe, die zu klein sind, als dass sich bestimmte, Kosten sparende oder Gewinn steigernde Technologien rentieren würden, müssten deshalb über Dienstleistungsverbände nachdenken.

Pat Christ

Bildung als Rezept gegen die Krise

Wirtschaftsminister Zeil voller Lob für die Volkshochschulen

Wirtschaftsminister Martin Zeil traf sich zu einem Gespräch mit dem Bayerischen Volkshochschulverband (bvv), um Wege aus der Krise durch Qualifizierung und Kompetenzerwerb zu erörtern. „Die Bayerischen Volkshochschulen mit ihren drei Millionen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind für mich ein wichtiger Partner in der Weiterbildung“, unterstrich der Minister die Bedeutung des Gesprächs.

bvv-Vorsitzender K. Heinz Eisfeld und Verbandsdirektor Wilhelm F. Lang präsentierten dem Minister die zahlreichen Bildungsangebote der Volkshochschulen. Durch den Erwerb von Schlüsselqualifikationen unterstützen Volkshochschulen die Bürgerinnen und Bürger beim Erhalt oder der Suche eines Arbeitsplatzes. Im Mittelpunkt steht dabei das Xpert-Qualifizierungssystem.

Xpert-Lehrgänge werden in ganz Deutschland, teilweise auch im europäischen Ausland von Volkshochschulen angebo-

ten – siehe auch die Homepage www.xpert-zertifikate.de. Sie haben sich als der Standard für EDV, kaufmännisches Know How, Schlüsselqualifikationen und interkulturelle Kompetenz durchgesetzt. Allein in Bayern laufen jährlich über 7.000 Xpert-Prüfungen.

Unternehmerisches Denken

Vom liberalen Wirtschaftsminister kam großes Lob für die Leistung der Volkshochschulen, dem größten öffentlichen Bildungsträger in der Erwachsenen-

bildung und Weiterbildung. Das unternehmerische Denken in den Volkshochschulen in Verbindung mit der flächendeckenden Präsenz und der niedrigen Eintrittsbarriere bei den Angeboten der Volkshochschule überzeugte den Minister.

Weitere Mittel für EDV

So war es auch nur konsequent, dass das Wirtschaftsministerium neben den eigenen bayerischen Mitteln den Volkshochschulen über Euro 900.000 aus dem vom Bund aufgelegten Konjunkturpaket II zuteilt. Ziel dieser Förderung ist es, optimale EDV-Ausstattung für die Xpert-Lehrgänge zur Verfügung zu stellen. Zum Einsatz kommen diese Mittel bei über 100 Volkshochschulen in Bayern und deren Teilnehmer. □

GZ

Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

Die kommunalpolitische Bilanz der zu Ende gehenden Wahlperiode des Bundestages fällt unterm Strich positiv aus. Die unionsgeführte Bundesregierung hat die kommunal relevanten Passagen des Koalitionsvertrages zum großen Teil umgesetzt. Die Kommunalfinanzen konnten konsolidiert, Zukunftsinvestitionen angestoßen und der Schutz der kommunalen Selbstverwaltung vor immer neuen Lasten und Aufgaben verbessert werden.

Die Kommunen profitieren beispielsweise von der Stärkung der deutschen Unternehmen im Zuge der Unternehmenssteuerreform. Durch

Gute Jahre für die Kommunen

neue ertragsunabhängige Bestandteile im Bereich der Gewerbesteuer wurde die Einnahmeharmonisierung der Kommunen gesichert. Zum kommunalen Finanzierungsschuss in Höhe von 7,4 Milliarden Euro in 2008 haben auch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage und die Einbeziehung gewinnunabhängiger Elemente in deren Bemessungsgrundlage beigetragen.

In der Föderalismusreform I konnte der Grundsatz „Wer bestellt - bezahlt“ verfassungsmäßig abgesichert werden. Seither ist eine direkte Aufgabenzuweisung an die Kommunen in Bundesgesetzen ausgeschlossen.

Die Weiterentwicklung des Baugesetzbuchs fördert urbane Zentren, sichert eine verbraucher-nahe Versorgung und setzt das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ um.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Weiterentwicklung des Elterngeldes sowie die Absatzbarkeit von Betreuungskosten sind in den vergangenen vier Jahren deutlich vorangekommen. Sehr erfreulich ist, dass sich der Bund mit insgesamt vier Milliarden Euro an den Ausbaukosten der Kindertagesbetreuung beteiligt. Die



Vereinbarkeit von Familie und Beruf konnte weiter verbessert werden. Mit dem Ziel einer Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Bindung zwischen den Generationen wurde im November 2006 von der Familienministerin das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ ins Leben gerufen. Mittlerweile haben 500 Mehrgenerationenhäuser in ganz Deutschland ihre Arbeit aufgenommen.

Weitere Beispiele für die erfolgreiche kommunalfreundliche Politik der vergangenen 4 Jahre sind der nationale Integrationsplan und der begleitende Integrationsgipfel unter Einbeziehung der Länder und Kommunen. Die Weichenstellung für die Integration soll nach dem Prinzip von Fordern und Fördern erfolgen. Mit dem zum 1. September 2008 eingeführten neuen bundeseinheitlichen Einbürgerungstest werden in Deutschland neue Integrationsmaßstäbe gesetzt, was gut für ein partnerschaftliches Miteinander ist.

Auch im sozialen Bereich gab es bedeutende Verbesserungen, von denen auch die Kommunen profitieren. Dies gilt beispielsweise für die Wohngelderhöhung und die Neueinführung einer Heizkostenkomponente, womit das Wohngeld um 60 % verbessert wurde.

Für die Gesellschaft unersetzlich ist die Tätigkeit von Millionen Ehrenamtlichen. Mit dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ wurden die Rahmenbedingungen hierfür deutlich günstiger. Insbesondere die Einführung einer steuerfreien Pauschale für alle Verantwortungsträger in Vereinen und die überfällige Anhebung des Übungsleiterfreibetrages stärken das Ehrenamt in den Vereinen.

Die kommunalpolitische Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode des Bundestages und der Amtszeit der unionsgeführten Bundesregierung zeigt, dass die Jahre 2005 bis 2009 gute Jahre für die Kommunen in Deutschland waren. Der neue Bundestag und die neue Bundesregierung werden sich anstrengen müssen, auf diesem erfolgreichen Weg fortzufahren.

Ihr Gerhard Weber

DStGB-Dokumentation:

Alkoholprävention in Städten und Gemeinden

Trotz aller Ermahnungen betrinken sich immer mehr Mädchen und Jungen besinnungslos. Angesichts schwerwiegender gesundheitlicher Probleme, die die „Alltagsdroge“ Alkohol verursacht, und angesichts der Tatsache, dass bereits 20 Prozent der Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren regelmäßig Alkohol trinken, sind alle Ebenen gefordert, den schlimmsten Folgen dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Viele Städte und Gemeinden sind im Bereich Alkoholprävention bereits seit langem aktiv. Wie phantasievoll und konsequent sie dabei vorgehen, wird in der Dokumentation „Alkoholprävention in den Städten und Gemeinden“ anhand gelungener Beispiele aus großen wie kleinen Kommunen aufgezeigt. Erstellt wurde die Publikation vom Deutschen Städte- und Gemeindebund in Zusammenarbeit mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Bätzing.

Weitere Maßnahmen

Der DStGB hat sich unter anderem im Rahmen eines Nationalen Aktionsprogramms für eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs eingesetzt und gefordert, dass auch in bisher umstrittenen Bereichen ein größeres Spektrum an Maßnahmen in Betracht gezogen wird. So plädiert der DStGB zum Beispiel für eine Rechtsgrundlage im Jugendschutzgesetz für so genannte „Testkäufe“, Verkaufsverbote an Tankstellen, Kiosken und Supermärkten nach 22 Uhr bis 5 Uhr morgens und – soweit noch nicht vorhanden – landesrechtliche Ermächtigungsgrundlagen, um Alkoholverbote auf bestimmten öf-

fentlichen Plätzen zu erlassen.

Als für eine erfolgreiche Präventionsarbeit notwendig erachtet der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Kooperation aller Akteure, sei es innerhalb der Kommunalverwaltungen (zum Beispiel Jugendamt, Gesundheitsamt, Ordnungsamt) oder mit Personen, Gruppen und Verbänden außerhalb der Verwaltung (zum Beispiel Vereine, Schulen, Kindergärten, Wohlfahrtsverbände, Jugendgruppen, Einzelhandel, Gaststätten). Eine Zielgruppe der präventiven Maßnahmen sind die Eltern. Ihnen muss in diesem Rahmen ihre Vorbildrolle gegenüber Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Alkohol deutlich gemacht werden. Auch werden sie aufgefordert, ihren Aufsichtspflichten nachzukommen.

Intensiver Alkoholkonsum

Intensiver Alkoholkonsum bei Veranstaltungen und Festen in den Städten und Gemeinden (zum Beispiel Schützenfesten, Weinfesten, Dorffesten, Karnevalveranstaltungen) ist eine zentrale Herausforderung für die kommunale Alkoholprävention. Zum einen werden die Veranstalter strikt auf die Einhaltung des Jugendschutzes hingewiesen

und Mitarbeiter der Jugendämter kontrollieren zusammen mit Ordnungsämtern und/oder der Polizei die Einhaltung und kümmern sich um die Jugendlichen, zum anderen werden bewusst Alkoholalternativen für die Jugendlichen angeboten (zum Beispiel Softbars, alkoholfreie Cocktails).

Neue Lifescripts

Wie hervorragend soziale Verantwortung konzipiert und gelebt werden kann, beweist laut Publikation das Beispiel Kiefersfelden. In jahrelanger Kooperationsarbeit mit dem Diakonischen Werk Rosenheim ist es dort nun gelungen, das Suchthilfezentrum des Dekanates organisatorisch in der 6500 Einwohner zählenden Gemeinde zu integrieren. Dies strahlt neben der stationären Versorgung suchtkranker Menschen in hohem Maße auch auf den präventiven Sektor sowie der niederschweligen Einstiegsmöglichkeit für Menschen mit Defiziten. Der ortsübergreifende Jugendhilfeverein zielt auf die professionelle Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Mit sehr erfolgreichen Projekten wie zum Beispiel dem Jugendtreff Chill Out, Workshops oder Evaluierungen in den Schulen gelingt es, auch diese Zielgruppe anzusprechen und neue Lifescripts zu entwickeln. Synergieeffekte sind vor allem hier in Verbindung von Jugendhilfeverein, Polizei, Schule, Diakonie und Kirchengemeinden deutlich zu erkennen. **DK**

Gute Ertragslage bei Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern

Verbandspräsident Götzl fordert Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensystems
Bundesbank-Vize Zeitler erklärte die Lage der Wirtschaft und der Finanzmärkte

„Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken erwarten ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2009. Darauf deuten ein solides Bilanzwachstum, gestiegene Ausleihungen und eine stabile Einlagenentwicklung hin.“ Dieses Fazit zog der Präsident des bayerischen Genossenschaftsverbands, Dr. Stephan Götzl, vor der Presse im Raiffeisen-Bildungszentrum Grainau. Mit dem gleichen Publikum erörterte der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Dr. Franz-Christoph Zeitler, die aktuelle globale Finanzkrise und entwickelte Perspektiven für die Zukunft.

Auch die Ertragslage der Genossenschaftsbanken entwickelt sich nach Götzls Aussage positiv. „Das Gesamtbetriebsergebnis wird deutlich zulegen. Unsere Mitgliedsbanken werden wieder die Marke von einer Milliarde Euro

der keine Hilfe des Steuerzahlers in Anspruch nehmen musste - ganz wesentlich bei. Der Präsident erwartet ein klares politisches Bekenntnis zum Dreisäulensystem, insbesondere auch in Richtung EU-Kommission.

Darüber hinaus fordert Götzl Maßnahmen der Bundesregierung, um das deutsche Banken-

system krisenfester zu machen.

Effektive Präventions- und Sicherungssysteme

Zu den mit Dringlichkeit in der kommenden Legislaturperiode umzusetzenden Maßnahmen zählen aus seiner Sicht: Regelungen zur Erhöhung der Eigenkapitalausstattung vieler deutscher Banken, die Bündelung der Bankenaufsicht unter einem Dach sowie die Stärkung der Wirtschaftsprüfung in ihrer Krisenwarnfunktion. Zudem tritt Götzl dafür ein, effektive Präventions- und Sicherungssysteme zu schaffen, die nicht dem Steuer-

zahler die Konsequenzen von Bankenschieflagen aufbürden.

Dass sich Finanzmärkte und reale Wirtschaft mittlerweile in vielen Bereichen wieder auf „vor-Lehman-Niveau“ erholt haben, versicherte Bundesbank-Vizepräsident Dr. Franz-Christoph Zeitler. Inzwischen verzeichne man wieder bescheidene Zuwächse von 0,3 Prozent. Hohe Preisstabilität und eine relativ stabile Beschäftigungslage hätten den privaten Konsum stabilisiert. Der Trend einer schrittweisen Erholung dürfe jedoch nicht über die Niveaueffekte des Einbruchs Ende 2008/Anfang 2009 hinwegtäuschen. „Es wird längere Zeit dauern, bis der Niveauverlust des Bruttoinlandsprodukts von fünf bis sechs Prozent wieder wett gemacht ist“, prognostizierte Zeitler. Da die aktuelle Erholung vor dem Hintergrund weltweiter massiver Konjunkturprogramme stattfinde, werde erst die Zukunft zeigen, ob sie die

Wirkung einer „Initialzündung“ für einen endogenen Aufschwung entfalten können.

Nachhaltigkeit

Der renommierte Finanzfachmann ließ keinen Zweifel daran, dass die Diversifikation der deutschen Kreditwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Kreditversorgung leiste. Was das internationale Finanzwesen anbelangt, müsse Nachhaltigkeit sichergestellt werden. Dies betreffe den seit langem bekannten Zusammenhang von Langfristfinanzierung und Finanzstabilität, ebenso wie Kreditvergabepraktiken und Prinzipien der Rechnungslegung und Gewinnermittlung. Die aktuell praktizierte Zeitwertbilanzierung berge den gefährlichen Nachteil hoher Volatilität und einer prozyklischen Verstärkung der Auf- und Abwärtsbewegung des Marktes. Ganz wichtig seien auch strikte-

re Regeln für die Eigenkapitalausstattung und die Einführung eines „antizyklischen Puffers“ sowie eine europäische Harmonisierung von Aufsichtsregeln und Aufsichtsstrukturen.

„Die Finanzmarktkrise, so Zeitler, „ist über den Globus und auch unser Land wie ein Sturm hinweggefegt. Ob und welche Böen noch kommen werden, ist ungewiss. Wie bei einem Sturm in der Natur sind manche Bäume, vor allem die ‘Flachwurzler’ umgerissen worden, die ‘Tiefwurzler’ sind zwar mitunter zerzaust, blieben aber stehen. Unsere gemeinsame Aufgabe wird es sein, bei den Geschäftsmodellen, bei den Finanzinstrumenten, bei den aufsichtlichen Rechtsinstituten darauf zu achten, dass die ‘Tiefwurzler’ gestärkt und bewährte Grundsätze und Tugenden des Bankgeschäfts wieder beachtet werden, auch wenn sie scheinbar konservativ und altmodisch erscheinen mögen.“

Ha.



Dr. Stephan Götzl.

beim Betriebsergebnis vor Steuern überspringen.“ Den konsequenten Abschreibungen in 2008 sei es zu danken, dass sich die Situation für Volks- und Raiffeisenbanken im Wertpapierbereich entspannt hat. Nach derzeitigem Stand rechnet der Präsident für das aktuelle Geschäftsjahr mit Zuschreibungen in mindestens zweistelliger Millionenhöhe.

Mit leicht zunehmenden Kreditausfällen (0,08 Prozent, bzw. ca. 90 Mio. Euro) rechnen die bayerischen Kreditgenossenschaften in der Folge steigender Unternehmensinsolvenzen. Das Engagement der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken im Firmenkreditgeschäft bleibt davon unberührt. Auch von der mancherorts zitierten Kreditklemme sind weder die bayerischen Genossenschaftsbanken noch ihre Kunden betroffen. Götzl betonte: „Bei 93 Prozent unserer Banken ist die Kreditablehnungsquote im Firmenkundengeschäft in den vergangenen Monaten nicht gestiegen.“

Positive Entwicklung der Eigenkapitalsituation

Der Präsident wies in diesem Zusammenhang auf die positive Entwicklung der Eigenkapitalsituation der bayerischen Kreditgenossenschaften hin. Sie ermöglichen es den Genossenschaftsbanken, jederzeit Kredite zur Verfügung zu stellen. Das erwirtschaftete versteuerte Eigenkapital der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken hat sich zwischen 2000 und 2008 von 3,8 Milliarden Euro auf knapp sieben Milliarden Euro nahezu verdoppelt. Götzl rechnet für 2009 mit einer weiteren Zunahme um gut 500 Millionen Euro auf 7,5 Milliarden Euro.

Dreigliedriges Bankensystem

Von der künftigen Bundesregierung fordert er, dass sie eine Stärken-Schwächen-Analyse des deutschen Finanzsektors vornimmt. Aus seiner Sicht zählt zu den Stärken das dreigliedrige Bankensystem aus Geschäftsbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Nur dank starker Regionalbanken stehe das deutsche Finanzsystem heute relativ stabil da. Dazu trage der genossenschaftliche Sektor -



Neu in der Familie: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Jetzt neu von E.ON Bayern: die E.ON EnergieSpar-Sanierung. Wir übernehmen die energetische Sanierung Ihres Hauses und bieten Ihnen ein „Rundum-sorglos-Paket“ aus Analyse, Konzept, Fördermittelcheck, Ausschreibung, Bau- und Qualitätsüberwachung.

Alles aus einer Hand!

Komplett und kompetent für Sie realisiert von Ihrem persönlichen E.ON EnergieSpar-Berater.

Wir informieren Sie gerne: T 0180 - 2 15 12 15* oder
www.eon-bayern.com/energiesparsanierung

* 6 ct pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen können abweichende Preise gelten.



Machen Sie jetzt den
kostenlosen Kurz-Check
im Internet

e-on | Bayern

Neues Fachforum auf der Kommunale 2009 in Nürnberg:

„IT für die öffentliche Verwaltung“

Jubiläumsmesse am 14. und 15. Oktober
Über 250 Aussteller und hochkarätige Referenten

Am 14. Oktober 2009 ist es wieder soweit: Die Kommunale, Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf ihrer Art, lädt für zwei Tage in die Hallen der NürnbergMesse ein. Die Kommunale 2009 ist zugleich die „Jubiläums-Kommunale“, feiert sie doch dieses Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Erwartet werden über 250 Aussteller sowie zahlreiche hochkarätige Fachleute als Redner beim vom Bayerischen Gemeindetag gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund organisierten Kongressteil. Neu ist das Fachforum „IT für die öffentliche Verwaltung“, von der NürnbergMesse gemeinsam veranstaltet mit dem renommierten IT-Spezialisten Heise aus Hannover.

Die Kommunale als Fachmesse für Entscheider aus Gemeinden und Städten im ländlichen Raum besetzt laut Projektleiter Thorsten Böhm exakt die Themen, mit denen sich Bürgermeister, Geschäftsstellenleiter, leitende Beamte, IT- oder Beschaffungsverantwortliche, Stadt- und Gemeinderäte in der täglichen Praxis beschäftigen.

Ideale Unterstützung

„Die Arbeit auf kommunaler Ebene ist für die meisten Menschen eine Herzensangelegenheit, etwas, das sie nicht als Job begreifen, sondern als Aufgabe“, stellt Böhm fest. Eine Aufgabe, für die es sich lohnt, täglich neu die Herausforderungen in der gemeindlichen Arbeit anzugehen. Hier bietet die Kommunale die ideale Unterstützung. 2009 noch umfangreicher als bisher, wartet die Messe mit einigen Neuerungen auf, etwa der Premiere des Fachforums „IT für die öffentliche Verwal-

tung“ in Halle 12.0. Im Mittelpunkt des zweitägigen Forums stehen IT-Themen speziell für öffentliche Einrichtungen, der intensive Erfahrungsaustausch und eine konzentrierte Präsentation der neuesten Informations- und Kommunikationstechnologien.

Mehr Bürgernähe, schnellere Arbeitsprozesse

Tatsache ist, dass die Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung entscheidend zu weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe, höherer Kosteneffizienz und zur Beschleunigung von Arbeitsprozessen beiträgt. Im Fokus stehen dabei Querschnittsthemen wie IT-Recht für die öffentliche Verwaltung, Vorschriften zu Datenschutz und Datensicherheit und deren technische Umsetzung, Entscheidungshilfen zum Einsatz von Open Source Software oder Cloud Source Software in der öffentlichen Verwaltung, das Für

und Wider von SaaS und Cloud-Computing im öffentlichen Einsatz sowie neueste Produktvorstellungen von Herstellern und Anbietern kommunaler Hardware, Software und IT-Dienstleistungen. „Und das alles im Rahmen des Budgets, gut umsetzbar und flexibel“, so Thorsten Böhm.

Partner ist Heise Events aus Hannover. „Wir freuen uns sehr, dass wir mit Heise Events einen der renommiertesten Fachverlage im IT-Bereich als Partner für diese Veranstaltung gewonnen haben“, sagt Böhm. Bekannteste Produkte des Verlags sind das auflagenstarke Computermagazin C't sowie Deutschlands führendes Newsportal für IT-Profis, heise online. Mit dem Kongress „Open Source meets Business“ zieht Heise Events bereits seit Jahren die führenden Software-Spezialisten aus ganz Europa nach Nürnberg.

Fortgeschrittene und qualifizierte Signatur

Die Verwendung der fortgeschrittenen und qualifizierten Signatur in der Kommunalverwaltung wird im Fokus eines Vortrags von Kurt Hühnerfuß, Geschäftsführer der CC e-gov GmbH stehen. Der Einsatz der digitalen Signatur ist Voraussetzung für computergestützte Arbeitsabläufe in der Verwaltung. Das Referat erläutert die Grund-

lagen und zeigt praxisnahe Beispiele auf, wie z. B. den elektronischen Rechnungseingang mit der 'beleglosen' Kassenanordnung. Nach dem Vortrag besteht die Gelegenheit zum vertiefenden Gespräch mit dem Referenten am Messestand der CC e-gov GmbH, direkt im IT-Fachforum. Die Signaturverfahren werden dort in der praktischen Anwendung gezeigt.

Webbasierter Sitzungsdienst

Über den webbasierten Sitzungsdienst in der kommunalen Praxis berichtet Michaela Hering vom Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen. Der Vortrag stellt den Leistungsumfang eines modernen Ratsportals umfassend dar. Themen sind dabei u. a. das papierlose Einladungsverfahren für die Mandatsträger, das Ratsportal als Arbeitsumgebung für den Kommunalpolitiker und die strukturierte Beschlussverfolgung mit integriertem Online-Berichtswesen. Nach dem Vortrag kann das Ratsinformationssystem des Landratsamts Bad Tölz-Wolfratshausen besichtigt werden.

Die CC e-gov GmbH aus Hamburg betreut mehr als 500 Projekte jeder Größenordnung für die öffentliche Verwaltung in Deutschland. Die Anwenderliste von ALLRIS umfasst Kommunen jeder Größenordnung mit insgesamt mehr als 13 Mio. Einwohnern - darunter zahlreiche Landkreise, mehrere deutsche Großstädte und Landeshauptstädte sowie die Bundeshauptstadt Berlin. CC DMS ist als DMS- und Archivsystem bundesweit an über 7.000 Arbeitsplätzen im Einsatz.

Web 2.0 in der öffentlichen Verwaltung

„Zwischen Bürgerbeteiligung und Haftungsrisiken: Web 2.0 in der öffentlichen Verwaltung“ lautet das Thema eines Referats von Joerg Heidrich, Fachanwalt für IT-Recht. Foren, Blogs, Twitter oder Wikis: Auch die öffentliche Verwaltung nutzt zunehmend die Vorteile des Web 2.0. Ziel ist es, die Bürger stärker als bisher in die Aufgaben der Verwaltung einzubeziehen und zur Mitarbeit anzuregen. Doch die dadurch entstehende Bürgernähe hat auch eine juristische Schattenseite. Denn die Nutzung derartiger Angebote birgt auch für die Verwaltung einige rechtliche Risiken. Der Vortrag weist auf typische Haftungsfallen im Paragraphendschungel hin und zeigt Wege auf, diese zu vermeiden.

Ob Erfassung, Rückgabe oder Verwertung: Die gesetzlich vorgeschriebene Verwaltung von Fundgegenständen ist für die Kommune zeit- und kostenintensiv. Für den Bürger bedeutet der

BayernLabo:

Attraktive Kredite

Die BayernLabo – das Förderinstitut der BayernLB – macht Gebietskörperschaften und Zweckverbände stark für Investitionen im kommunalen Bereich und berät sie hinsichtlich möglicher Optimierungen ihres Kreditportfolios.

Neben dem bewährten und traditionellen Kommunalkredit können seit dem 01.04.2009 kommunale Gebietskörperschaften und kommunale Zweckverbände sowie deren rechtlich unabhängige Eigenbetriebe für anstehende Investitionen außerordentlich günstige Zinssätze erhalten. Die BayernLabo verbessert mit dem „Investkredit Kommunal Bayern“ bereits zinsverbilligte KfW-Konditionen um weitere 0,10 %.

Der Zinssatz wird für einen Zeitraum von 10 Jahren festgeschrieben. Der Kredit wird zu 100 % ausbezahlt. Der Programmzinssatz orientiert sich am Kapitalmarkt und wird täglich neu festgelegt. Zins und Tilgung bilden nach Ablauf von mindestens einem und höchstens drei tilgungsfreien Anlaufjahren gleichbleibende Annuitäten und werden vierteljährlich nachträglich fällig. Die maximale Kreditlaufzeit beträgt 30 Jahre.

Der günstige „Investkredit Kommunal Bayern“ kann zur Finanzierung etwa für Investitionen im kommunalen Hochbau wie für Rathäuser, Bau- oder Betriebshöfe, für Feuerwehrhäuser und für den präventiven Katastrophenschutz, für die Stadt- und Dorfentwicklung, für kommunale und soziale Infrastrukturmaßnahmen wie Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Sporthallen oder Senioren- und Pflegeheime sowie für wirtschaftliche Investitionen eingesetzt werden. Der „Investkredit Kommunal Bayern“ ist ein mit bayerischen Mitteln vergünstigter „KfW Investitionskredit Kommunen“.

Weitere Informationen:

BayernLabo - das Förderinstitut der BayernLB, Kapellenstraße 4, 80333 München, Telefon: (0 89) 21 71 - 2 80 03; Fax: (0 89) 21 71 - 2 80 15, Internet: www.bayernlabo.de; eMail: bayernlabo@bayernlb.de. □

Verlust eines Gegenstandes oft eine langwierige Suche bei verschiedensten Ämtern und Fundservicestellen. Durch den exklusiven Vertrieb der eGovernment-Lösung Fundinfo der Westmarcher Products & Services AG ebnet die komuna GmbH in Altdorf bei Landshut den Weg für das vernetzte Fundbüro in den bayerischen Verwaltungen. Ziel ist es, die Verwaltungsprozesse zu optimieren und den Bürgern gleichzeitig bessere Suchmöglichkeiten und mehr Sucherfolg zu gewährleisten.

Neue eGov-Lösung Fundinfo

Mit der neuen eGovernment-Lösung Fundinfo, die von komuna-Mitarbeiter Manfred Blieninger vorgestellt wird, verwalten die Kommunen ihr Fundbüro online. Dabei laufen sämtliche Geschäftsprozesse automatisiert ab. Und das selbstverständlich gemäß den gesetzlichen Vorschriften. Ein weiteres Plus von Fundinfo ist die externe Softwarepflege. Sämtliche Applikationen und Datenbanken werden auf einem zentralen, externen Server installiert, betrieben und gewartet. Die Verwaltung muss sich diesbezüglich nicht kümmern. Der IT-Aufwand ist minimal. Als Marktführer bietet Fundinfo zuverlässigen Zugriffsschutz für sämtliche Daten.

Fundinfo ist fester Bestandteil

und zusätzlicher Baustein der eGovernment-Lösung komuna.RSP. Kunden, die bereits komuna.RSP nutzen, erhalten Fundinfo im Rahmen der bestehenden Softwarepflege kostenlos.

Elektronischer Personalausweis

Über die Einführung des elektronischen Personalausweises (ePA), den der Gesetzgeber zum 1. November 2010 beschlossen hat, wird Erika Wellnhöfer von der AKDB berichten. Umfangreiche Anwendungs- und Feldtests sollen eine reibungslose Einführung sicherstellen. Die AKDB zählt zu den bundesweit 30 Einrichtungen, die das Bundesinnenministerium für die Anwendungstests ausgewählt hat. Damit sollen viele Anwendungen im eGovernment und eBusiness realisiert werden, die den Bürgern für die praktische Nutzung in Verbindung mit dem ePA zur Verfügung stehen.

Die AKDB beteiligt sich im Meldewesen mit OK.EWO und ZEMA, der Zentralen einfachen Melderegisterauskunft sowie im Verkehrswesen mit OK.VORFAHRT und OK.EFA an den Tests. Daneben werden gesonderte Feldtests mit Pilotkunden durchgeführt, darunter auch fünf OK.EWO-Anwender.

Fachforum

Folgende Themen stehen zudem im Blickpunkt des Fachforums „IT für die öffentliche Verwaltung“: Katharina Sedlmayr und Bernhard Böhm (AKDB) werden über „Steuerungsinformationen aus dem kommunalen Rechnungswesen“ informieren, „kommunalpolitische Gründe für die Einführung eines neuen Rechnungswesens“ nennt Dr. Horst Körner, Stadtrat Herzogenaurach, und über das „Integrierte Kommunale Rechnungswesen“ berichtet Sandra Schneider, adCONSULT mbH. „Das Beste aus der Linux und Windows Welt - zentrales IT-Management mit Univention Corporate Server“ lautet der Vortrag von Erwin Roth, Vision Alive GmbH, während sich schließlich Frank Schwager von DATA-PLAN Computer Consulting mit der papierlosen Anordnung im Finanzwesen beschäftigen wird. **DK**

Wer viel stemmen möchte, braucht gute Konditionen.

Attraktive Kredite für Gebietskörperschaften und Zweckverbände

Wir machen Sie stark für Investitionen im kommunalen Bereich. Wir beraten Sie hinsichtlich möglicher Optimierungen Ihres Kreditportfolios. Und wir helfen Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden. Was auch immer Sie vorhaben: Gemeinsam werden wir es stemmen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB **BayernLabo**

Schule
Kindergarten
Mehrzweckhalle
Gymnasium
Seniorenheim
Krankenhaus

BayernLabo auf der Kommunale 2009: 14.10. bis 15.10.2009 Stand 412

WHU-Studie zur Reform des Haushalts- und Rechnungswesens:

Best-Practise-Thesen zur Umstellung auf Doppik

Die vom Verein Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie (ISPRAT) e. V. geförderte Studie „IT-Nutzung für die Bilanzierung im öffentlichen Sektor“ ist nunmehr abgeschlossen. Im Rahmen der von der WHU Otto Beisheim School of Management in Vallendar durchgeführten Untersuchung wurden in den Bundesländern Hamburg und Hessen über 40 Gespräche mit Fachleuten aus Politik und Verwaltung geführt, die ihr Haushalts- und Rechnungswesen bereits auf Doppik umgestellt haben.

Aus den dort gesammelten Erfahrungen wurden insgesamt 13 Best-Practice-Thesen in vier Kategorien formuliert. Von ihnen sollen Bundesländer, die die Einführung der Doppik noch nicht realisiert haben, ab September profitieren können.

Die Thesen im Einzelnen:

1. Beteiligte sollten auf einen langen Prozess mit Zwischenzielen und Puffern eingeschworen werden: Zum einen handle es sich um einen komplexen Transformationsprozess, darüber hinaus müssten sich die neuen Instrumente und Prozesse über einen gewissen Zeitraum hinweg sukzessive etablieren.

2. Man sollte Bewusstsein für das Schattendasein dieser Reform schaffen: Alle Beteiligten sollten sich darüber im Klaren sein, dass nur wenige Politiker und nur ein kleiner Teil der Öffentlichkeit Interesse an Doppik hat und ein noch kleinerer Teil diese versteht.

3. Es sollte ein möglichst pragmatischer (Bilanzierungs-) Ansatz gewählt werden, da der Nutzen zumeist in Steuerungsimpulsen gesehen wird, die nur wenig

von der Initialbewertung und den Abschreibungsdauern abhängen.

4. Die Kosten-Nutzen-Relation sollte durch Vorüberlegungen verbessert werden. Auf der Projektkostenseite sind externe Ressourcen und der Komplexitätsgrad der Reform wesentliche Faktoren. Der Projektnutzen ist stark davon abhängig, wie gut es gelingt, systemische Inseln zu reduzieren.

5. Es sollte für ausreichend Personal mit passenden Fähigkeiten, insbesondere an Schlüsselpositionen, gesorgt werden.

6. Der Schulung von Angestellten sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

7. Die Projektorientierung sollte Flächendeckung durch Overhead-Verrechnung erreichen. In Bereichen, in denen nur geringer Nutzen zu erwarten ist, sollten pragmatische Lösungen das Gesamtkonzept unterstützen, ohne die Arbeit wesentlich zu stören.

8. Nutzergerechtigkeit wird durch dezentralen Gestaltungsspielraum gefördert, zentrale Vorgaben sollten auf ein Minimum reduziert werden.

9. Den Besonderheiten des öffentlichen Sektors muss klar

Rechnung getragen werden. Sie sollten in der Kommunikation betont und bei der Ausgestaltung der Reform so weit wie möglich integriert werden.

10. Hohe dezentrale Verantwortung sollte eingeräumt werden: Lösungen, die diesen Ansatz unterstützen, sind zu bevorzugen.

11. Das Berichtswesen sollte möglichst einfach sein. Bei seiner Entwicklung ist auf breite organisatorische Verankerung und Einfachheit zu achten, damit der Nutzen möglichst früh eintritt und die Mitarbeiter, die diese Berichte erstellen, motiviert sind.

12. Die Projektkommunikation sollte durch vier Maßnahmen

Oberpfalz eine der führenden IT-Gründerregionen

Laut Wirtschaftsminister Martin Zeil „hat die Gründeraktivität in Regensburg und der Oberpfalz trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise nicht nachgelassen“. Diese Entwicklung unterstütze die Bayerische Staatsregierung zum Beispiel mit dem Technologie- und Gründerzentrum „IT-Speicher“ in Regensburg und der „IT-Offensive Oberpfalz“.

Bislang gingen 65 erfolgreiche IT-Startups aus dem IT-Speicher hervor. Damit konnten wir in der Region etwa 270 neue Arbeitsplätze schaffen.“ Das Technologie- und Gründerzentrum erweise sich damit gerade in Zeiten der Krise als besonders wertvoll.

„Die Arbeit des Regensburger Gründerzentrum und der IT-Offensive Oberpfalz ist so erfolgreich, dass daraus jetzt das erste

verbessert werden: Jedes lange Dokument sollte eine Zusammenfassung enthalten, die Kommunikation möglichst oft in persönlichen Treffen erfolgen. Wichtig sind auch ein zentrales Dokumentmanagement und eine einheitliche Projektterminologie.

13. Elemente des Überzeugens sollten verstärkt, Anordnungen vermieden werden. Wenn Führungsverantwortliche mit gutem Beispiel vorangehen, so die Studie, wird Vertrauen ausgebaut. Als besonders effektiv haben sich Freiwilligkeit bei der Teilnahme am Reformprozess oder sogar Angebote an Reformpromotoren etwa in Form von Karrierevorteilen erwiesen. Durch transparente Kommunikation über Einsparungen und Nutzung von Leistungsdaten sollten Ängste so weit wie möglich reduziert werden.

Die Studie „IT-Nutzung für die Bilanzierung im öffentlichen Sektor“ steht allen Interessenten auf www.isprat.net zur Verfügung. DK

Den doppischen Jahresabschluss im Blick

DATEV zeigt Leistungsspektrum für die öffentliche Verwaltung

Die Doppik und deren Auswirkungen auf die Kommunen stehen im Zentrum des Messeauftritts der DATEV eG auf der diesjährigen Kommunale in Nürnberg. Den Schwerpunkt legt der IT-Dienstleister dabei auf das Thema Jahresabschluss in der Doppik. In einem Vortrag erfahren Messebesucher, worauf bei der Erstellung des Zahlenwerks zu achten ist und wie es sich professionell und sicher anfertigen lässt. Am DATEV-Stand mit der Nummer 302 in Halle 12.0 können sich Interessierte tiefer gehend zu diesem Thema beraten lassen und sich zudem über das auf den Public Sector zugeschnittene Produkt- und Leistungsspektrum der DATEV informieren.

Die Doppik bietet den Kommunen eine bessere Datengrundlage bei der Planung und Kontrolle ihres wirtschaftlichen Handelns. Der doppische Jahresabschluss ist dafür ein wichtiges Element, da er ein wirklichkeitsgetreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einer Stadt oder Gemeinde über ein gesamtes Haushaltsjahr liefert.

Aus diesem Zahlenwerk lassen sich Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit, aber auch über die Wirtschaftlichkeit der Kommune ziehen. Wie die Erstellung des Jahresabschlusses

die Entwicklung einer komplexen Lösung für Produktion, Lagerung und Transport.

Die Entscheidung der Bayerischen Wirtschaftsministeriums, mit der „IT-Offensive Oberpfalz“ die Gründerförderung des IT-Speichers auf die gesamte Oberpfalz auszudehnen, trage inzwischen erste Früchte. Unter der Marke „IT-Speicher“ wurde eine breite Palette an Angeboten zur Initiierung und Mobilisierung von IT-Gründungen aufgelegt. □

von staten geht und wie Software dabei unterstützt, erläutert der Vortrag „Jahresabschluss in der Doppik - professionell und sicher mit DATEV“, der an beiden Messetagen, jeweils um 15 Uhr im Rahmen des Aussteller-Forums „Infrastruktur“ stattfindet.

Weitere Informationen über den Einsatz betriebswirtschaftlicher Software in Kommunen und kommunalen Unternehmen erhalten Messebesucher am Messestand der DATEV. Dort können sie sich beispielsweise deren durchgängiges, zertifiziertes Softwarepaket rund um das kommunale Finanzwesen erläutern lassen. Ergänzt wird dieses durch ein spezielles Lohn- und Gehaltsprogramm, das auch die Besoldung kommunaler Beamter abdeckt. Außerdem bietet DATEV den Kommunen umfangreiche Rechenzentrums- sowie Druck- und Versanddienstleistungen an. Abgerundet wird das Portfolio durch ein umfassendes Beratungsangebot zur Einführung effizienter Prozesse und Organisationsstrukturen in öffentlichen Verwaltungen. □



Gewinnen Sie eine Ballonfahrt in den Himmel Bayerns



„Kommunale 2009“

14.-15.10.2009 in Nürnberg, Halle 12.0, Stand 420

Wir laden Sie zu folgenden Vorträgen herzlich auf unseren Stand ein:

Mittwoch 14. Oktober 2009

- | | |
|-------------------|--|
| 11:00 – 12:00 Uhr | Eröffnungsrundgang mit Fassanstich an unserem Stand durch den Präsident des bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl |
| 12:30 – 13:00 Uhr | Christian Peter Wilde:
Art. 21a BayDSG „Videoüberwachung durch bayerische öffentliche Stellen“ |
| 13:30 – 14:00 Uhr | Brigitte Beer:
Teamentwicklung als Hebel für die Mitarbeitermotivation? |
| 14:30 – 15:00 Uhr | Eric Schulze:
Public Value und die Doppik – ein Zwischenruf |

- | | |
|-------------------|---|
| 15:30 – 16:00 Uhr | Dr. Eugen Ehmann:
Service und Effizienz im Meldewesen |
| 16:00 – 16:30 Uhr | Dr. Maximilian Baßlperger:
Das neue Beamtengesetz |
| 16:30 – 17:00 Uhr | Thomas Göntgen:
Besonderheiten bei der Rechnungslegung und der Prüfung von Kommunalunternehmen aufbauend auf dem gleichen Beispiel |
| 17:00 – 17:30 Uhr | Dr. Max Reicherzer:
Anlass und rechtliche Ausgestaltung einer Ausgliederung von einem Regiebetrieb in ein Kommunalunternehmen anhand eines Beispiels |

Donnerstag 15. Oktober 2009

- | | |
|-------------------|---|
| 10:00 – 10:30 Uhr | Dr. Maximilian Baßlperger:
Beendigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen bei Krankheit |
| 11:00 – 11:30 Uhr | Thomas Schabel:
Vergaberecht aktuell |
| 13:00 – 13:30 Uhr | Dr. Jens Weiß:
Zielvereinbarungen für das Leistungsentgelt mit NKF verbinden – Steuerung über Ziele und Produkte |

Mit freundlicher Unterstützung von:



Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg/München/Landsberg/Frechen/Hamburg. Weitere Informationen unter www.rehmmnetz.de.

Detaillierte Vortragsübersicht und Anmeldung unter www.rehmmnetz.de



IT-Sicherheit, Virtualisierung und Outsourcing:

Wieder einen Schritt zurück oder wird jetzt alles virtualisiert?

Von Ludwig Atzberger*

Kommunale Administratoren haben in den letzten Jahren treu und brav versucht, ihre Netzwerke und ihre gesamte IT auf dem Laufenden zu halten. Datenschutz und Datensicherheit wurden im Rahmen des Möglichen sichergestellt und die Kollegen erhielten ihre funktionierenden Anwendungen und die nötige Unterstützung.

Und jetzt soll alles anders werden? Virtualisierung heißt das Modewort der IT-Branche. Alles nur noch virtuell oder wie? Einige IT-Anbieter überschlagen sich schier mit mehr oder weniger sinnvollen Lösungen und virtualisieren was die Hardware hergibt. Sinn oder Unsinn? Allein durch Virtualisierung erreicht man jedoch weder mehr Sicherheit, noch mehr Datenschutz. Vielmehr versteht bald niemand mehr, was wo liegt und wer gerade mit was arbeitet. Doch gerade die Themen Datensicherheit und Datenschutz dürfen in der kommunalen IT nicht zu kurz kommen.

Sicherheit und Datenschutz?

In der kommunalen Verwaltung teilen sich die Gefahren in verschiedene Kategorien:

- Bei einem Verlust der Vertraulichkeit werden Verwaltungsdaten oder auch Emails unzulässiger Weise preisgegeben.
- Ein Ausfall der IT-Systeme durch zu geringe Verfügbarkeit führt unter Umständen zu einem Totalausfall und somit zum Stillstand in der Verwaltung.
- Durch illegale Veränderungen von Daten auch durch Manipulation der IT-Systeme geht die Integrität verloren.
- Beim Umgehen der Authentifizierung oder Autorisierung droht die Gefahr, dass sich unberechtigte Personen Zugriff auf geschützte Informationen verschaffen.
- Für Verwaltungen wird es aufgrund der heutigen Komplexität der IT-Systeme somit immer schwieriger, den oben aufgeführten Gefährdungen entgegenzuwirken.

Heißt es deshalb: „back to the roots“?

Seit Etablierung des Internet in der öffentlichen Verwaltung und der flächendeckenden Anbindung der Kommunen über Breit-

bandanschluss hoffen manche am Markt der kommunalen IT, dass es wieder zurück geht ins gute alte Rechenzentrum. Aber diese Ideen sind zu kurz gesprungen. Während die ersten vor ca. 30 Jahren gegründeten kommunalen Rechenzentren durchaus ihre Daseinsberechtigung hatten, hat sich die IT-Welt doch mittlerweile maßgeblich verändert. Es ging darum, kleinen und mittleren Organisationseinheiten die elektronische Datenverarbeitung überhaupt wirtschaftlich zu ermöglichen. Dabei handelte es sich aber ausschließlich um Massenverarbeitung, Dialog und individuelle Fallbearbeitung waren nicht vorgesehen.

Erhöhter Anspruch

Mitte der 90er Jahre war auch in den Verwaltungen der Siegeszug von Windows, Netzwerken und modernen Fachverfahren nicht aufzuhalten. Viele Serverbetriebssysteme sind mittlerweile aber so mächtig, dass die Administratoren in den Verwaltungen - meist unter den eigenen Verwaltungsfachleuten rekrutiert und manche nur „Teilzeitadmin“ - den heutigen Anforderungen oftmals nicht mehr gerecht werden können. Der Anspruch an die Administratoren wird noch weiter erhöht, wenn sie plötzlich gleichzeitig zum Kommunikations- und Sicherheitsexperten in Sachen Internet werden sollen.

Fehlendes IT-Know-how

Auf die Verwaltung spezialisierte IT-Dienstleister springen bisher in die entstehenden Lücken. Dass die Externen manchmal zu spät oder gar nicht gerufen werden, zeigen manche Fälle der Vergangenheit. Nur etwa 46 % der Kommunen setzen die IT-Grundschutzrichtlinien zumindest zum Teil um. Dagegen besitzten laut einer Umfrage der Steria Mummert Consulting aber 99 % „irgendwelche“ Sicher-

heitslösungen wie Firewalls, Virens Scanner u.v.m. Es fehlt also nicht an der geeigneten Technik wie Peter Krolle und Wolfgang Nickel am 29.05.2009 in einem Beitrag der eGovernment Computing feststellen, sondern vielmehr am IT-Know-how.

Die Kosten steigen weiter?

Vielen Kämmerern und Bürgermeisterern sind die IT-Kosten ein Dorn im Auge. In den meisten Bereichen wird konsequent gespart, trotzdem wachsen die laufenden IT-Kosten fast jährlich. Warum eigentlich, fragt sich mancher, wo doch die Rechner immer billiger werden. Wachsende Ansprüche, steigende Kosten - fast unmerklich und schleichend werden neue Lösungen eingeführt - Email, Breitbandinternet, Firewall, Behördennetzanschluss, dort ein Farbdrucker, hier ein Scanner. Heutige Netzwerke erfordern mehr Betreuungsaufwand und die fortlaufende Ersatzbeschaffung reißt Löcher in die kommunalen Kassen. Mit steigender Zahl der Server und PC im Rathaus wächst auch der finanzielle Aufwand für Upgrades der Betriebssysteme und systemnaher Software, Kosten für die Fachverfahren kommen zusätzlich noch hinzu.

Alle Kosten von IT-Systemen, von der Beschaffung bis zur Entsorgung, bezeichnet man neudeutsch auch als Total Costs of Ownership (TCO). Rechnet man sich diese einmal ehrlich aus, also inkl. Strom, Klimaanlage und EDV-Raum, dann kommen oft erschreckend hohe Zahlen heraus.

Lösung in Sicht?

Die schlechte Nachricht zuerst: Die eine einzige, selig machende Lösung gibt es nicht. Je nach Verwaltung und Personalressourcen muss ein einfaches, tragbares, wirtschaftlich sinnvolles und dauerhaft sicheres IT-Konzept gefunden werden. Wichtig bei der Planung ist die Einbeziehung der künftigen Veränderungen und Weiterentwicklungen in der IT als stabile Komponente. Dabei geht es nicht darum, zu wissen was kommt, sondern das Bewusstsein zu haben, dass es morgen anders sein kann.

Die gute Nachricht: Bereits seit langem spielt das Outsourcing des IT-Bereichs in der Wirtschaft eine immer größere Rolle. Dabei übergibt man die gesamte Betriebsverantwortung oder klar abgestimmte Teile an einen externen Dienstleister, der professionell agiert und auch entsprechend ausgebildetes Personal hat. Mittels eines vereinbarten Servicelevels wird die Verfügbarkeit der Anwendung geregelt, bei Unterschreitung der Mindestverfügbarkeit droht die Kürzung der Nutzungsgebühren.

Outsourcing

Auch der modernen öffentlichen Verwaltung bietet das Outsourcing die Möglichkeit, ihre IT-Kosten klar zu kalkulieren. Dabei muss die Kommune bereits bei der Auswahl des Anbieters auf besondere Zuverlässigkeit achten. Während Unternehmen der freien Wirtschaft schon aus Wettbewerbsgründen ein großes Interesse daran haben, dass ihre betriebsinternen Daten nicht öffentlich werden, haben die Bürger selbst einen gesetzlich garantierten Anspruch auf

Datenschutz. Kommunen sind durch Datenschutzgesetze auf Bundes- und Landesebene und durch zahlreiche spezielle Vorschriften zum Datenschutz durch Datensicherheit verpflichtet.

Doch gerade in puncto Datensicherheit liegt bei manchen Kommunen vieles im Argen. Zugriffsschutz, Zutrittskontrolle, Virenschutz und Netzwerksicherheit - es sind die oben genannten Aspekte und Details zu beachten, die kommunale IT-Administratoren manchmal auch überfordern. Hier führt das Outsourcing mit entsprechenden Verträgen und Zertifizierungen, die den Belangen des Datenschutzes Rechnung tragen, oft zu einem Mehr an Sicherheit und entlastet die Verwaltung selbst erheblich. Die Kommune verkauft dabei „ihr Problem“ nicht einfach an einen externen Dienstleister. Verantwortung und Datenhoheit bleiben in der Verwaltung, so wie es auch im Gesetz geregelt ist. Die externen Profis kümmern sich jedoch um die komplexen technischen und physikalischen Schutzbelange sowie die im Bundesdatenschutz erlaubte Auftragsdatenverarbeitung. Gerade darin besteht der besondere Charme von Outsourcing-Lösungen. Die Kommune verliert weder Kompetenz noch Verantwortung, spezielle Aufgaben erfüllen aber Spezialisten. Jeder übernimmt den Teil, den er am besten beherrscht.

Serverlösung

Dank Virtualisierung, kostengünstigen Internet-Flatrates, dem richtigen Konzept und einem kompetenten Partner lassen sich durchaus Kosten sparen. Denn sowohl ökologisch als auch ökonomisch ist eine professionelle Serverlösung mit entsprechender Klimaversorgung u.v.m. sinnvoller zu betreiben, als zig Klein-Klimaanlagen in ungeeigneten und unzureichend gesicherten Kammern eines Rathauses. Jedes Rathaus schafft sich Serverleistung für die Maximalforderung an, damit alles funktioniert. Gleichzeitig weiß jeder Administrator, dass sein eigener Server entweder alt oder aber im Durchschnitt nur zu einem geringen Prozentsatz ausgelastet ist. Er erzeugt also für 5% Leistung 95% Wärme. 100 W Glühbirnen hat die EU deshalb gerade verboten.

Es bleibt spannend

Es bleibt also auch weiterhin spannend, wie und wohin sich die IT, nicht nur die kommunale IT, entwickelt. Microsoft und Co lassen mit Windows 7, Server 2008 R2, Hyper-V 2.0 u.v.m. bisher schon ahnen wohin es geht. Die Verwaltung und die Kommunen sollten sich heute bereits für die Zukunft rüsten

Kinder- und Jugendschutz im Internet:

Wirksame Realisierung

Dass ein Internetzugang leider auch erhebliche Risiken mit sich bringt, ist nichts Neues. Hacker, Spammer sowie Trojaner und Viren sind die Kehrseite der vielen Möglichkeiten des Internets. Aber ein weiteres Problem stellt IT-Administratoren und -Entscheider vor eine nicht einfach zu lösende Aufgabe: Wie realisiert man einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz im Internet?

Das Filtern von Internetinhalten ist ein nicht ganz triviales Problem. Ziel soll es sein, Kindern und Jugendlichen für ihre jeweilige Altersgruppe geeignete Internetinhalte zu präsentieren – und die ungeeigneten herauszufiltern. Diese Zielsetzung bedeutet aber, dass ein Filter für

Zugangsprofilen sowie einer intelligenten Technik, die geeignete von ungeeigneten Inhalten unterscheidet.

Neue Herausforderungen

Wenn man sich bereits lange mit der Entwicklung von Kinder- und Jugendschutzfiltern und Sperrlisten im Internet beschäftigt, wird man feststellen, dass die Neugier und auch das Know-how der Kinder und Jugendlichen immer wieder neue Herausforderungen ergeben. So gibt es im Internet eine Reihe von Angeboten, die Webseiten, die der Filter bei direktem Aufruf sperren würde, in einem eigenen Frame laden und auf diese Weise die Sperrlisten des Filters umgehen. Auch Übersetzungsdienste, die fremdsprachige Internetseiten übersetzen, lassen sich unter Umständen für derartige Zwecke missbrauchen. Kindern sind diese vielfältigen Möglichkeiten, ein Filtersystem zu umgehen, durchaus bekannt.

Kombinierter Ansatz vonnöten

Weiterhin ist es für einen wirksamen Kinder- und Jugendschutz im Internet nicht ausreichend, lediglich mit statischen URL-Sperrlisten zu arbeiten. Sperrlisten vermeiden zwar die oben beschriebene Schlagwort-Problematik, jedoch wird das Internet in Zeiten von Web 2.0 zunehmend von seinen Nutzern mitgestaltet. Die Inhalte lassen sich daher häufig nicht mehr ausschließlich aufgrund ihrer URL klassifizieren. Sperrlisten können außerdem nie garantieren, immer sämtliche unerwünschten Seiten abzudecken.

Was man benötigt, ist eine Mischung aus beiden Ansätzen – eine laufend aktualisierte Sperrliste kombiniert mit einem intelligenten Schlagwortfilter, der erst bei einer Kombination von erkannten eindeutigen und mehrdeutigen Schlagworten greift.



Robin Hummer.

Grundschüler restriktiver arbeiten muss, als für den Zehntklässler, der ein Referat über Rechtsextremismus vorbereitet.

Intelligente Technik

Die nächste Frage, die sich stellt, ist: Wie filtert man Inhalte, ohne sinnvolle Einträge ebenfalls zu sperren? Ein einfaches Beispiel: Wenn man eine einfache Schlagwortfilterung zugrunde legt, würde das Wort RechtSEXperte bereits zu einem Blocken des Inhalts führen. Es bedarf also der Möglichkeit einer individuellen Konfigurierbarkeit des Filters mit mehreren

und sich nicht verrückt machen lassen, wenn plötzlich alle vom Cloud-Computing sprechen.

*Unser Autor ist seit über 20 Jahren im Bereich der kommunalen IT tätig. Anfangs als Systemspezialist Netzwerke, später als geschäftsführender Gesellschafter der komuna GmbH, einem der größten spezialisierten IT-Dienstleister für Kommunen. Seit einem Jahr ist der Autor freiberuflich als Berater für Unternehmen und Kommunen tätig und als Gesellschafter an der rechenetz it consulting GmbH beteiligt, die sich technologisch in den Themen Virtualisierung, Serverkonsolidierung, Outsourcing und IT-Sicherheit engagiert.

kommunale IT muss funktionieren - immer, denn die Bürger erwarten ihre Leistung - immer

kommunale IT stellt höchste Ansprüche an Datenschutz und Datensicherheit, denn einen Fehler würden die Bürger nicht verzeihen

kommunale IT muss unschlagbar preiswert sein, denn das stets zu wenige Geld wird auch für Erziehung und Bildung gebraucht

Reden wir darüber, wie die richtigen Konzepte für die Zukunft Ihrer IT-Landschaft aussehen

IT-Dienstleistungen - Sicherheitsberatung - Server-Hosting
Application Hosting - Software as a service - managed Firewall

Kommunale 2009

Halle 12 - Stand Nr. 400

rechennetz.de

rechennetz it consulting GmbH
Terminalstr. Mitte 18, 85356 München

T 089 97007-271
F 089 97007-200

E info@rechennetz.de
www.rechennetz.de

„Wie können unsere Schüler ohne Gefahr das Internet nutzen?“



Keine Sorge.
OctoGate managt das für Sie.



OctoGate®

POWERED BY MSB

DIE HOCHSICHERHEITS-FIREWALL MIT KINDERSCHUTZFILTER FÜR SCHULEN, KINDERGARTEN, JUGENDEINRICHTUNGEN
WWW.OCTOGATE.DE

Der größte Kostentreiber im kommunalen Betriebshof:

Ungeplante Zeit

Es gibt kaum einen größeren „Kostentreiber“ als ungeplante Zeit und Bauhofmitarbeiter, die ständig aus den normalen Arbeitsabläufen gerissen werden. Dies hat sich als Ergebnis aus vielen „Kosten- und Leistungsrechnungs-Projekten“ herausgestellt. Mit der komplett überarbeiteten BIS-Office-Version mit MS-Outlook-ähnlicher Oberfläche schafft der kommunale Softwarespezialist Public-Solutions eine Lösung, die u. a. Arbeitsplanung mit einem Minimalaufwand ermöglicht.

Ab Herbst kommt die Software nach 1,5 Jahren Entwicklung auf dem Markt. Garant für das durchdachte Paket war wieder einmal, dass die Spezialisten von Public Solution ganz eng mit den Nutzern zusammengearbeitet haben.

So haben die Gemeindewerke Emskirchen diese neue Version bereits vorab installiert und erläutert bekommen. Der 6.000 Einwohner zählende Markt Emskirchen ist bekannt für innovative Entscheidungen. Gleich zweimal nahm der Markt Emskirchen im Jahre 1996 eine Vorreiterrolle im Freistaat ein: Im Januar gründete die Gemeinde das erste Kommunalunternehmen in Bayern, die „Gemeindewerke Emskirchen“ und im Mai wurde das letzte Teilstück der neuen Umgehungsstraße B8 mit der Bahnuntertunnelung eröffnet, bei der die häufig befahrene Bahnstrecke zu keinem Zeitpunkt gesperrt werden musste.

Ideen aus der Praxis

Somit war es nicht verwunderlich, dass sich der Vorstand der Gemeindewerke, Jürgen Trießl-Reuter, in die Entwicklung mit einbrachte. „Herr Trießl hat uns einige richtig gute Ideen aus der Praxis - gerade für kleinere Betriebe - gegeben“, freut sich Public-Solutions-Ge-

schäftsführer Thomas Wächter.

Aber auch für den Diplom-Betriebswirt Jürgen Trießl-Reuter ist die Partnerschaft ein voller Erfolg: „Die Zusammenarbeit mit Public Solutions war von Anfang an ausgezeichnet. Die Umsetzung und Einführung war sehr effizient und trotzdem entspannt, wir wurden sehr gut beraten und betreut.“

Grundlagen für den Erfolg

Wie Trießl-Reuter weiter ausführt, „bildeten unter anderem die Übernahme unserer bestehenden Daten aus dem alten System und die Erstdatenerfassung“ die Grundlage für den erfolgreichen Einsatz von BIS-Office. „Darüber hinaus haben die Gespräche mit Herrn Wächter nicht nur viele neue Anwendungsmöglichkeiten gezeigt, sondern uns auch dazu gebracht, über bisherige Abläufe und Verhaltensweisen nachzudenken. Die Flexibilität von BIS hat es uns ermöglicht, die ganz speziellen Bedürfnisse unseres kleinen Betriebes abzubilden. Die Mitarbeiter der Gemeindewerke erfassten bereits seit Gründung der Gemeindewerke ihre Daten strukturiert und auftragsbezogen. Deshalb war es nur ein kurzer Lernprozess für alle, mit den individuell gefertigten Tagesberichten eine detaillierte Personal-

und Auftragsdatenerfassung in die Tat umzusetzen. Die Auswertungs- und Dokumentationsmöglichkeiten bilden alles

ab, was das „betriebswirtschaftliche Herz“ begehrt. Die Auswahlmöglichkeiten zur Darstellung am Bildschirm ist übersichtlich und vielseitig: vom Auftrags- bzw. Posteingang, über die Aufgabenübersicht, bis hin zum Kalender, der als wichtigstes Instrument zu Auftragsplanung dient.“ □

Aufgabenplanung mit integriertem GIS

Als Basis für dieses Informationsportal wurde eine einfache und schnell zu handhabende Aufgabenplanung erstellt, deren kalendrische Darstellung Auftragsstrukturen und ein GIS-System integriert. Vorteil dieser Arbeitsplanung ist aber nicht nur die Sinnhaftigkeit von Arbeitsplanung, sondern die individuell aus der Planung auszuhebenden Ankreuzberichte für die Mitarbeiter. So müssen die Mitarbeiter nur noch Arbeitszeit und die genutzten Ressourcen (Fahrzeuge und Geräte) für die tägliche Arbeitszeitdokumentation angeben. Ein weiteres Highlight aber ist ein in die Arbeitsplanung und Planungsübersicht integrierte GIS-Lösung. Ein „Klick“ genügt und die offenen Aufgaben werden in einer Übersichtskarte angezeigt, was gerade für Flächengemeinden eine rationelle Planung ganz wesentlich beschleunigt und auch die Aufgabenliste um eine anschauliche Ansicht ergänzt.

Elektronisches Leistungsverzeichnis

Das Programm baut eigenständig aus der laufenden Arbeitserfassung einen Jahresarbeitszeitenkalender auf, der zusammenhängende Arbeiten in kalendarischer Form anschaulich darstellt und damit nicht nur auf einen Blick darüber informiert, wann, wo, was mit welchem Aufwand zu erledigen ist, sondern ergänzt um die Mengenangaben als Basis für die Kosten- u. Leistungsrechnung, bzw. für eine rationelle Planung zukünftiger Arbeitswochen dienen kann.

Scannerfassung mit Ankreuzberichten

Die seit Jahren erprobte und ständig verbesserte Dokumentations- u. Erfassungsvariante, ist derzeit die schnellste und günstigste Form der Arbeitszeitdokumentation und Datenverarbeitung. Das Programm vereinfacht dem Arbeiter die Tagesberichtsführung und ermöglicht ein müheloses Einscannen per Einzelblatteinzugsscanner oder Scanstift.

Doppelte Schnittstellen als besonderer Service eines Eigenbetriebs

Als Eigenbetrieb arbeiten die Gemeindewerke mit der doppelten Finanzbuchhaltungs-Software der Davev und die Gemeindeverwaltung mit der kameralen Software-Lösung der Firma C.I.P. Mit der Abrechnung der Arbeitsleistung versorgt BIS-Office zwei Schnittstellenprogramme jeweils mit einem Datensatz, ein Forderungsdatsatz für die Davev-Buchhaltung und eine Auszahlungsanordnung für die C.I.P.-Software, so sind mit einem Mausklick zwei Finanzsysteme integriert und eine Menge Verwaltungsaufwand gespart. □

www.kommunale.de



Nürnberg

14. – 15.10.2009

Kommunale 2009
NÜRNBERG

Der Marktplatz für Städte und Gemeinden

Fachmesse und Tagung für Kommunalbedarf

Alles auf einen Blick – das ist die Kommunale 2009, Deutschlands größte Kommunalmesse ihrer Art! Seit zehn Jahren erfolgreich, ist sie zentraler Anlaufpunkt für Entscheider und Führungskräfte aus Städten und Gemeinden.

Kommen Sie am 14. und 15.10.2009 nach Nürnberg und informieren Sie sich bei rund 250 Ausstellern über Lösungen für Ihre kommunalen Aufgaben. Besuchen Sie auch den hochkarätigen Kongress und treffen Sie Kollegen zum Erfahrungsaustausch!

Wir freuen uns auf Sie!

BesucherService

NürnbergMesse GmbH

Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 36

besucherservice@nuernbergmesse.de

In Zusammenarbeit mit



Deutscher Städte- und Gemeindefund

Bayrische Gemeindezeitung

Medienfachlicher Partner



www.behörden Spiegel.de

Veranstalter Tagung



NÜRNBERG MESSE

AKDB
 Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Kommunale Nürnberg
 14. – 15.10.2009 - Stand 323

← Mehrbahnstraße →

Ihr modernes Meldewesen mit OK.EWO

Melderechtsvorgänge führen Sie mit OK.EWO effizient und ganzheitlich durch. Das erleichtert Ihre Aufgaben im Publikumsverkehr und vereinfacht Ihre Abläufe rund um Wahlen, Statistiken, Auswertungen und gesetzliche Datenermittlungen. Kurz gesagt: Ihre Arbeit wird schneller, Wege und Wartezeiten für den Bürger kürzer.

OK.EWO ist eine wegweisende Lösung für Ihr Einwohnermeldewesen. Das Verfahren bildet Ihre umfassenden Verwaltungsvorgänge ab. Zahlreiche Schnittstellen bieten einen sicheren Datenaustausch mit anderen Verfahren. Lösen Sie mit OK.EWO die wachsenden Aufgaben in Ihrem Einwohnermeldeamt. Sprechen Sie mit uns und unseren Partnern.

www.akdb.de

Software, die dem Menschen dient!

Burtenbach geht neue Wege im IT-Bereich

Als erste Gemeinde im Landkreis Günzburg lagert der Markt Burtenbach alle Fachverfahren aus. Die Marktgemeinde Burtenbach hat sich EDV-technisch neu ausgerichtet.

Datenschutz und Datensicherheit

Bürgermeister Roland Kempfle und die Marktgemeinderäte haben sich dafür entschieden, sämtliche Fachverfahren der AKDB, darunter auch die Hauptverfahren Personal-, Finanz-, Standesamts- und Einwohnerwesen, in das Outsourcing-Rechenzentrum der AKDB in Würzburg auszulagern. Die wichtigsten Argumente für das Outsourcing waren die Planungs- und Investitionssicherheit sowie der Datenschutz und die Datensicherheit.

Nun können Synergieeffekte bei gemeinsamen Aufgaben der Rathausverwaltung und des gemeindlichen Eigenbetriebes genutzt werden. Natürlich spielte auch die traditionell gute Betreuung des Verwaltungspersonals durch die AKDB bei der Entscheidung eine große Rolle.

Konzentration auf die Kernaufgaben

Notwendige Pflegearbeiten, Programmaktualisierungen wie auch die Datensicherung werden zukünftig zentral von den AKDB-Mitarbeitern des Outsourcing-Rechenzentrums in Würzburg erledigt. Durch die Auslagerung kann sich die Burtenbacher Verwaltung auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Davon werden die Bürgerinnen und Bürger der Marktgemeinde profitieren. □

Prognose von internationalen Branchenexperten:

Trends für IT, Telekommunikation und Medien

**Internationale Delphistudie analysiert Branchentrends bis ins Jahr 2030
Mehrheit der Fachleute erwartet ein Ende der Wirtschaftskrise für 2011**

Welche Auswirkungen haben Digitalisierung und Virtualisierung auf unsere Gesellschaft? Welchen Einfluss haben Politik und Regulierung auf die Schlüsselbranche Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)? Diesen Fragen geht die internationale Delphistudie „Zukunft und Zukunftsfähigkeit der Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien“ nach. 551 Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wurden zu den zentralen Entwicklungen ihrer Branchen für die kommenden zwanzig Jahre befragt.

Die Studie wurde von TNS Infratest im Auftrag von Münchner Kreis, EICT, Deutsche Telekom, TNS Infratest sowie den Förderern und Unterstützern Siemens, Focus, Vodafone, VDE, SAP, Google, IBM durchgeführt und im Rahmen des IT-Gipfelprozesses vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) unterstützt.

Licht am Ende des Tunnels

Eine erste Auswertung der Befragungsergebnisse zur derzeitigen Wirtschaftskrise zeigt, dass sowohl die deutschen als auch die internationalen Experten Licht am Ende des Tunnels sehen. Ein Ende der Krise in Deutschland erwarten 52 Prozent der Befragten bis spätestens 2011. Besonders optimistisch blicken die US-Experten in die Zukunft. 61 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass sich die Lage der US-Volkswirtschaft in den nächsten zwölf Monaten verbessern wird. 41 Prozent gehen sogar davon aus, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise in den USA bereits 2010 überwunden sein wird.

Eigene Leistungsfähigkeit

Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit haben die Deutschland-Experten: 48 Prozent sind davon überzeugt, dass Deutschland die Krise besser bewältigen wird als das restliche Europa. Mit noch mehr Optimismus blicken auch hier die US-Experten in die Zukunft: 82 Prozent sind der Meinung, dass die Vereinigten Staaten im Vergleich zu Europa die Wirtschaftskrise besser überwinden werden.

Befragt nach den wirtschaftli-

chen Aussichten für die Branchen IT, Telekommunikation und Medien, schätzen die Experten die Lage differenzierter ein. 58 Prozent der deutschen Branchenkenner sind davon überzeugt, dass die deutsche IT-Branche gestärkt aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hervorgehen wird. 37 Prozent der Befragten vertreten die Auffassung, die Bedeutung der Telekommunikationsbranche werde nach der Wirtschaftskrise zunehmen.

Medienbranche

Der Medienbranche stehen die Experten skeptischer gegenüber: Nur 15 Prozent der Experten glauben, dass die deutsche Medienbranche nach der Krise an Bedeutung gewinnen könne. Aber 68 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass die bisherige Bedeutung der Medienbranche auch in Zukunft erreicht wird. Ähnlich äußern sich auch die US-Experten: Die IT- und Telekommunikationsbranchen werden laut den US-Befragten nach der Krise ihre bisherige Stellung verbessern können (70 bzw. 74 Prozent). Nur rund 26 Prozent trauen der Medienbranche mehr zu.

IT-Gipfel in Stuttgart am 8. Dezember

Alle Ergebnisse der Delphistudie zur Zukunft der IKT- und Medienbranchen werden am 5. November auf einer Pressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt und am 6. November im Rahmen einer Fachtagung mit hochrangigen Experten ausführlich diskutiert. Die Ergebnisse der Studie und die Diskussionen der Tagung werden dann

in den 4. IT-Gipfel der Bundesregierung am 8. Dezember in Stuttgart einfließen. Fachtagungsprogramm und Anmeldung unter

DATEV auf der IT-Security-Messe it-sa:

Information und Präsentation

Hochspezialisierte Fachmessen sind ein Markenzeichen des Messeplatzes Nürnberg. Besonders ausgeprägt sind die Themen IT und Electronics. Nunmehr findet mit der it-sa eine weitere IT-Fachmesse ihre Heimat in Nürnberg. Die Sicherheits-Messe, die vom 13. bis 15. Oktober in der Norisstadt stattfindet, hat sich bereits auf der SYSTEMS etabliert und ermöglicht als Informations- und Präsentationsplattform den Austausch zwischen verantwortlichen Projektleitern, Entwicklern, Praktikern und Managern nationaler sowie internationaler Unternehmen.

Ergänzt wird die it-sa in Nürnberg durch ein informatives Angebot: Vor und während der Mes-selaufzeit werden ein IT-Sicherheitskongress, Mitgliederversammlungen verschiedener Verbände und eine Reihe von Workshops stattfinden.

Ein breites Spektrum an Sicherheitsdienstleistungen wird auch die DATEV eG, Nürnberg, in Halle 5 am Stand 230 präsentieren. Im Zentrum des Messeauftritts stehen die Absicherung des Internetzugangs sowie des digitalen Datenaustauschs und die Datensicherung.

Unternehmer können am DATEV-Stand einen Sicherheitscheck für ihren Betrieb durchführen und erhalten anschließend in einem Beratungsgespräch eine kostenfreie Standortbestimmung. Die Risiko-einschätzung umfasst die Themenfelder Internetnutzung, E-Mail-Kommunikation, externe Datenzugriffe, Funktionsfähigkeit der IT-Systeme sowie den Stellenwert, der den Themen Datenschutz und IT-Sicherheit im Unternehmen eingeräumt wird.

Chancen und Risiken

Einen Überblick über die vielfältigen „Chancen und Risiken der digitalen Geschäftsprozesse“, gibt DATEV im gleichnamigen Vortrag, den Interessierte sich an jedem der drei Messtage im Rahmen des Managementforums in Halle 5 anhören können. Darüber hinaus ist der DATEV-Stand eine der Stationen der Guided Tour mit dem Titel „Mit Sicherheit zum Geschäftserfolg“, den der Bayerische Unternehmensverband Metall und Elektro e.V. (BayME) am 14. Oktober organisiert. DATEV übernimmt dabei den Part „Security as a service“, in dem erläutert wird, wie sich die Internetnutzung einfach absichern lässt und vertrauliche E-Mails automatisch verschlüsselt werden können.

Daneben können sich Messebesucher das komplette sicherheitsbezogene Angebot der DATEV demonstrieren lassen. Des-sen Kernelement ist die Sicherheitsdienstleistung DATEV-net für den Internetzugang. Eine zentrale Sicherheitszone bei DATEV schützt deren Anwender zuverlässig vor Viren, Trojanern oder Phishing-Versuchen. Die Mehrstufigkeit des Sicherheitssystems bedeutet auch bei neu auftretenden Schädlingen schnellstmöglichen Schutz.

Sollte dennoch einmal ein bisher unbekannter bössartiger Code durch das Netz schlüpfen, sorgt das Reverse-Scan-Verfahren für seine umgehende Enttarnung.

www.zukunft-ikt.de und www.muenchner-kreis.de.

Die Studie „Zukunft und Zukunftsfähigkeit der IKT und Medien“ wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie als offizielles Projekt des Nationalen IT-Gipfel-Prozesses unterstützt. Die Studie besteht im Kern aus einer internationalen Delphi-Befragung hochrangiger Branchenexperten, die den Eintrittszeitpunkt von Trends, Entwicklungen und Innovationen der IKT und Medien bis 2030 eingeschätzt haben. □

5. Fachtagung zur IT-Beschaffung in Berlin:

Blickpunkt Vergaberechtsreform

Die diesjährige Fachtagung zur IT-Beschaffung in Berlin stand ganz im Zeichen der vergaberechtlichen Neuerungen, die erheblichen Einfluss auf die Vergabepraxis haben. Die Fachtagung IT-Beschaffung wurde erstmals 2005 durchgeführt. Mit über 600 Teilnehmern ist sie inzwischen bundesweit die größte Informationsbörse für IT-Beschaffer aus der öffentlichen Verwaltung.

Auf die daraus resultierenden vielfältigen Herausforderungen für öffentliche Einkäufer ging Klaus-Peter Tiedtke, Leiter des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Innern, in seinem Eröffnungsvortrag ein. Rudolf Ley vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit präsentierte seinerseits ein anschauliches Bild zu den Wurzeln des Vergaberechts sowie den jahrzehntelangen Reformen und Änderungen, denen dieses Rechtsgebiet ausgesetzt war und nach wie vor ist. Die aktuellen Auswirkungen des Vergaberechts wurden u. a. im Vortrag von Prof. Dr. Ralf Leinemann aus anwaltlicher Sicht hinsichtlich des Rechtsschutzes ebenso kritisch wie taktisch motiviert hinterfragt.

Fragwürdige Regelung

Besonders viel Diskussionsbedarf rief die Vorstellung der geplanten Neuregelungen der Verdingungsordnung für Leistungen VOL/A durch Michael Wankmüller vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hervor. Fragwürdig erschien Teilnehmern aus dem Publikum insbesondere die Regelung zur Losbildung. Hier und in anderen Bereichen wären Rechtsanwendungen aus der Beschaffungspraxis dankbar für klarere Ausführungsvorschriften als dies nunmehr mit der VOL/A in der Version aus dem Jahr 2006 der Fall ist.

Neben den Rechtsfragen der Vergaberechtsreform befassten sich die Podiumsvorträge unter anderem auch mit Themenfel-

den aus der fachlichen Perspektive der Bedarfsträger von IT-Beschaffungen. So wurden in einem Beitrag der INFORA GmbH etwa die Möglichkeiten der Berücksichtigung der Anwender- und Nutzerfreundlichkeit bei der Beschaffung von Software aufgezeigt – einem häufig etwas stiefmütterlich behandelten Anforderungsfeld beim Einkauf von Software. Ebenso konnten unter dem Titel „Vergabe und Sicherheit“ die Besonderheiten bei der Beschaffung von IT-Sicherheitsprodukten vermittelt werden. Nicht zuletzt wurden Fragen der Eignungsprüfung sowie Besonderheiten des Datenschutzes im Beschaffungsprozess behandelt und neue Trends der IT-Rechtsprechung zum Vergaberecht vorgestellt.

Fach- und Marktforen

Die Fach- und Marktforen waren dieses Jahr zum einem von „Dauerbrennern“ wie Fragen zum Ablauf von Verhandlungsverfahren, einer Bestandsaufnahme zum E-Procurement (ergänzt um einen Podiumsvortrag mit einem Praxisbericht zu einem interkommunalen E-Vergabeportal) sowie Green-IT in der aktuellen Ausgestaltung geprägt. Zum anderen wurden mit Themenbereichen wie Projektmanagement im Beschaffungsprozess, Open-Source-Beschaffungen durch die öffentliche Hand sowie der Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien neue und mitunter noch nicht oft diskutierte Aspekte behandelt und für die Praxis aufbereitet. **DK**

Leben spenden macht Schule

DKMS-Schulprojekt jetzt auch in Bayern

Das Projekt der DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei gemeinnützige Gesellschaft mbH „Leben spenden macht Schule“ geht in die nächste Runde. Unter der Schirmherrschaft von Dr. Ludwig Spaenle, Staatsminister für Unterricht und Kultus, sind über 700 Gymnasien und Berufsbildende Schulen aus Bayern dazu aufgerufen, sich gemeinsam mit der DKMS im Kampf gegen Leukämie zu engagieren.

Am 21. September 2009 fiel in Bayern der Startschuss für das gemeinnützige Schulprojekt „Leben spenden macht Schule“. Im Rahmen dieses einzigartigen Projektes erfahren Schüler, Lehrer und Eltern vieles über Leukämie und wie sehr jeder Einzelne im Kampf gegen die Erkrankung zählt. Ziel ist neben der Aufklärung auch die Gewinnung neuer potenzieller Stammzellspender, um die Überlebenschancen für Leukämiepatienten zu erhöhen.

2004 startete „Leben spenden macht Schule“ in Nordrhein-Westfalen, wurde dann in Hessen, Thüringen, Sachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz fortgesetzt und kann bereits eindrucksvolle Erfolge vorweisen: 7.734 Schülerinnen und Schüler wurden neu aufgenommen – 135 von ihnen haben mittlerweile einem Patienten mit ihren Stammzellen oder ihrem Knochenmark die Hoffnung auf ein neues Leben gegeben (Stand September 2009). Außerdem sammelten die Schüler mit zahlreichen Aktivitäten insgesamt über 171.000 Euro zur Finanzierung der Neuaufnahmen.

Vor allem junge Menschen sind als potenzielle Lebensspender von großer Bedeutung. Die Erfahrungen zeigen, dass die Transplantationszentren besonders gerne auf junge Stammzellspender zurückgreifen, wenn es gilt, einen Patienten zu retten. Zudem sind sie gute Multiplikatoren.

Als gemeinnützige Gesellschaft wird die DKMS weder von den Krankenkassen noch von staatlicher Seite bei der Spenderneugewinnung unterstützt. DKMS-Spendenkonto „Leben spenden macht Schule“ 904246279 bei der Stadtparkasse München (BLZ 70150000). Jeder Euro zählt und unterstützt die bayerischen Schulen bei ihrem Engagement für die DKMS und betroffene Patienten.

Mehr zur DKMS und zum Schulprojekt mit vielen Informationsmaterialien zum Herunterladen für Schüler, Eltern und Lehrer auf www.dkms.de □



BIS-Office

Das Bauhof-Informationssystem



Seit 2005 vorbereitet für NKF-Einsatz!

BIS-Office

Präsentieren Sie sich als kommunaler Dienstleister mit Zukunft. Die einzigartige, maßgeschneiderte IT-Lösung für den modernen Bauhof

Public Solutions GmbH, Zorneding, Tel. 08106-21268-0
www.publicsolutions.de, Email: info@publicsolutions.de

- Auftragswesen
- Personalwesen
- Lagerwirtschaft
- Fahrzeugverwaltung
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Digitale Flurkarte
- Grünflächenkataster
- Winterdienstkataster
- Aufgabenplanung
- Anlagen- und Finanzbuchhaltung
- Finanzmanager
- Ressourcenplanung
- Jahreskalender für Daueraufträge
- Scannen v. Tagesb.

Mobile Datenerfassung

- Spielplatzkontrolle
- Winterdienstnachweis
- Baumkontrolle
- Straßenkontrolle
- Brückenkontrolle
- Reinigungsnachweis

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer:

Neue Maßstäbe für eGovernment im Freistaat

„Der aktuelle Vorstoß des Bundes eine ‚nationale‘ eGovernment-Strategie für Deutschland ohne umfassende Beteiligung der Länder zu entwickeln, ist der falsche Ansatz. Im Föderalismus kann nicht eine Strategie des Bundes Maßstab für alle Länder sein.“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer auf der gemeinsamen Fachtagung der VITAKO e. V. und der ALD in München fest.

Pschierer: „Nur soweit die IT-Strategien der 16 Länder und des Bundes deckungsgleich sind, ergibt sich eine gemeinsame IT-Strategie für Deutschland. Das Vorhaben des Bundes ist mit den Ländern bestenfalls im Ansatz abgestimmt, folgt aber nicht dem „Geist des gemeinsamen Grundverständnisses.“ Weder den Länderkompetenzen im IT-Bereich, noch dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen wird Rechnung getragen.“

Pschierer: „Bayern bekennt sich zu dem im Rahmen der Föderalismuskommission II vereinbarten gemeinsamen Grundverständnis für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund, allerdings auf gleicher Augenhöhe.“ Er betonte, dass Bayern bei seinen Projekten auch im Rahmen von Deutschland-Online auf die kooperative

Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden setze. Als erfolgreiche Beispiele für diese Zusammenarbeit nannte Pschierer u. a. die Themenbereiche Meldewesen, Kfz-Zulassung und die Nutzung von Geodaten in Online-Verfahren.

Pakt als Erfolgsmodell

Pschierer: „Insbesondere der im Jahr 2002 geschlossene bayerische eGovernment-Pakt mit den Kommunen hat sich als Erfolgsmodell bewährt.“ Pschierer mahnte, diese Vereinbarung zu erneuern und - als Grundlage für ein zukunftsorientiertes eGovernment in Bayern - in ge-

eigneter Weise fortzuschreiben.

Arbeitsschwerpunkt

Bei der VITAKO handelt es sich um die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland, die den kommunalen Sektor beim Einsatz von Informationstechnologie unterstützt. Dabei sind eGovernment, Standardisierung oder die Bündelung von Querschnittsaufgaben Schwerpunkt-Themen der Arbeitsgemeinschaft. Die ALD ist eine Arbeitsgemeinschaft der Leiter der öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleistungszentren, in der 15 von 16 Bundesländern vertreten sind. Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt liegt z. B. in der länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Software oder die gemeinsame Nutzung von Hard- und Softwareprodukten. □

IT-Ressourcenverwaltung und User HelpDesk

Auf der Messe discuss & discover in München stellt die Firma Quadriga Informatik die Softwarelösung Quadriga-IT vor, bei der IT-Ressourcenverwaltung und User HelpDesk unter einer einheitlichen Oberfläche zusammengefasst sind. Damit lassen sich die im HelpDesk benötigten Angaben zu den IT-Ressourcen schnell auffinden und auswerten. Bei vielen Arbeitsabläufen führt dies zu einer erheblichen Zeitersparnis.

Automatisches Auslesen

Benötigt der HelpDesk-Mitarbeiter technische Informationen zu PCs, Druckern und anderen Geräten mit Netzanschluss, kann er diese Angaben jederzeit über das Netzwerk abrufen. Mit der Option „PCScan“ ist es dabei möglich, PCs zu ermitteln, auf denen erforderliche Sicherheitsupdates fehlen oder die zu wenig Arbeitsspeicher haben. Von Netzwerkdruckern lässt sich der noch vorhandene Restbestand an Toner auslesen, ohne dass ein Mitarbeiter die betreffenden Geräte aufsuchen muss.

Problemfälle bearbeiten

Der in Quadriga-IT integrierte User HelpDesk bietet einen guten Überblick über die oft zahlreichen und sich unregelmäßig häufenden Problemfälle. Eine ganze Reihe von praxisnahen und gut durchdachten Funktionen unterstützen die HelpDesk-Mitarbeiter dabei, die Problemfälle nach Priorität zu ordnen und auf die richtigen Spezialisten zu verteilen oder umzuverteilen. Zudem lässt sich gewährleisten, dass vorgegebene Reaktionszeiten eingehalten und eine Problemlösung in der vorgesehenen Frist erreicht wird.

Die Option „Web-IT“ erweitert den HelpDesk um Intranet-Funktionen und verbessert den Informationsfluss zwischen PC-Anwendern und IT-Abteilung. Um ein Problem zu melden, ist der Anwender nicht auf das Telefon angewiesen: Er meldet den Problemfall auf einer Intranet-Seite und informiert sich dort über den Fortgang der Problembearbeitung.

Weitere Infos über Quadriga Informatik auf der discuss & discover 2009 in München, Halle B0, Stand B0.207. □

discuss & discover:

Innovative Form einer Messe

München. Die discuss & discover, die vom 20. bis 22. Oktober 2009 auf der Neuen Messe München stattfindet, besteht aus sechs flexiblen und frei kombinierbaren Modulen, darunter auch das Modul Messe. Die discuss & discover positioniert sich als Europas modernste Kommunikationsplattform für internationale und nationale Marken der IT- und Kommunikationsindustrie, für mittelständische Unternehmen, Behörden, Konzerne, Verbände und Forschungsstätten. Strukturiert wird die Messe - wie das Gesamtevent - in die drei Themenwelten IT as a Service, Collaboration & Mobility und Infrastructure & Security, unter denen sich fast alle aktuell bedeutenden IT- und Kommunikationsthemen einordnen lassen.

Jede Themenwelt ist in einem eigenständigen Design gehalten, so dass der Besucher zu jeder Zeit weiß, wo er sich gerade befindet. Mittelpunkt jeder Halle ist ein zentraler Infobereich, der kompetent Auskunft gibt, was gerade in der Halle passiert und welche Themen und Marken man findet. Die Hallen sind nicht allein für die Stände der Aussteller vorgesehen, sondern auch von so genannten Corporate Lounges durchzogen, in denen Unternehmen exklusiv mit ihren

Kunden und Partnern sprechen können. Eine Halle enthält zusätzlich ein Public Forum, eine Bühne, auf der öffentlich zugängliche Vorträge und Events stattfinden.

Dazu Klaus Dittrich, Geschäftsführer der Messe München GmbH: „Das Modul Messe wird innovative Akzente für die gesamte Messelandschaft setzen und ein neues Erlebnis vermitteln. Der Markt verlangt nach neuen Konzepten. Hier kann die Messe München ihre Stärke als Innovationsschmiede ausspielen. Die hohe Kreativität, mit der wir das Gesamtkonzept realisiert haben, wird sehr positiv aufgenommen, so dass wir trotz der immer stärker spürbaren Wirtschaftskrise sehr zuversichtlich sind.“

Adressierte Zielgruppen der Messe sind Mitarbeiter mit Leitungsfunktionen und die obere Managementebene sowie Entwickler und Systemadministratoren sowohl aus kleinen und mittelständischen Unternehmen und Behörden als auch aus großen Konzernen in Deutschland und Europa. Dabei wird der Mittelstand den größten Anteil an der Messe haben, adressiert wird aber der gesamte IT- und Telekommunikationsmarkt.

Weitere Informationen im Internet: <http://discuss-discover.com> □

Die MESO eAkte:

Gebündelte Information für mehr Effizienz

Die eAkte ist ein Zusatzmodul für MESO, die marktführende Software im Einwohnermeldeamt. Sie bündelt alle personenbezogenen Daten und Dokumente in digitaler Form und sorgt für erheblichen Effizienzgewinn.

Für eine zügige Vorgangsbearbeitung darf es keine Rolle spielen, ob benötigte Informationen als Brief, Fax oder E-Mail eingegangen sind. Alle Daten müssen für den Sachbearbeiter auf einen Blick verfügbar sein. Die Realität sieht leider anders aus: Aufwändiges Suchen im E-Mail-Programm, in Papierordnern, Karteikästen usw. machen oftmals einen mühsam erkämpften Zeitvorteil zunichte.

dokumente, Lohnsteuerdokumente, standesamtliche Dokumente, Wahlen, Sonstiges.

Bequeme Importierung

Die benötigten Formulare werden direkt in die Gruppenbereiche abgelegt. Zu diesen Gruppen können Unterlagen (z. B. Urkunden, Erklärungen usw.) gescannt und gespeichert werden. Und selbstverständlich können auch digitale Dokumen-

te wie E-Mails, Fotos, pdf-Dokumente usw. bequem in den entsprechenden Datensatz importiert werden.

Mehr Effizienz

Mit der MESO – eAkte werden Dokumente und Informationen im Einwohnermeldeamt übersichtlich aufgebaut und gebündelt. Ihr Nutzen: erheblich vereinfachte Abläufe und deutlich mehr Effizienz.

Bei Interesse oder Fragen zur eAkte berät das Team [komuna.einwohner](mailto:komuna.einwohner@nurnberg.de) gerne unter Tel. 0871/ 973 85 92. □



Sind Unterschriftabletts im Einsatz (z. B. für DIGANT), so besteht auch die Möglichkeit, Antragsformulare, Meldeformulare usw. ohne Druck, jedoch mit Unterschrift des Antragstellers sofort in die MESO eAkte zu übernehmen. □

Quadriga-IT
www.quadriga.de



Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- Diagramme zur Veranschaulichung von Daten aus Listen und Statistiken
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadriga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.



discuss & discover
20.-22.10.2009
Messe München
Halle B0, Stand B0.207

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der discuss & discover.

Quadriga Informatik GmbH • Frankfurter Str. 61 • D-63067 Offenbach • Tel. 0(049)69.850030-0 • info@quadriga.de

Kommunale 2009
NÜRNBERG

Besuchen Sie uns auf der
Kommunale 2009 in Nürnberg!
14. – 15. Oktober 2009
Halle 12/Stand 424

Partner der
Kommunalverwaltung

Innovative IT-Lösungen aus einer Hand

Weitere Informationen unter www.komuna.de
oder per Telefon unter **08 71/973 85-0**



Immobilien-Benchmarking:

Einsparpotenzial von 50 Prozent

Von Dipl.- Geogr. Martin Behrends, Bayern Facility Management GmbH und Dipl.-Ing. (FH), Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Armin Dörflinger, cgmunich GmbH

Die bundesweit 175.000 kommunalen Immobilien können einen entscheidenden Beitrag zu einer dauerhaften Entlastung der öffentlichen Haushalte und gleichzeitig zum Klimaschutz leisten. Die aktuellen Ergebnisse von „RealisBench® 2008“, dem Immobilien-Benchmarking der BayernFM mit Unterstützung von cgmunich GmbH und conject AG zeigen, dass zahlreiche Kommunen den Optimierungsprozess bereits aktiv und erfolgreich gestalten.

In Folge der Finanzkrise werden den meisten Kommunen in den nächsten Jahren deutlich weniger Steuermittel zur Verfügung stehen. Gleichzeitig kennen die Energiekosten mittel- und langfristig nur eine Richtung: Nach oben! Dabei sind die Energiekosten bereits heute bei vielen Kommunen nach den Personalkosten und den Sozialleistungen der drittgrößte Kostenblock, der Jahr für Jahr den Spielraum im Haushalt weiter einschränkt.

Schulen: Potenziale im Milliardenbereich

Aber es gibt auch gute Nachrichten: Die Einsparpotenziale sind gerade bei den Energiekosten sehr hoch. Sie summieren sich - von der BayernFM auf einer Datenbasis von über 1.500 Schulen für die bundesweit 37.000 Schulen hochgerechnet - bei den Stromkosten auf mindestens 250 Mio. € und bei der Heizenergie je nach Energiemedium auf einen Betrag von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr. Dies zeigt, welche Potenziale vorhanden sind und welchen Stellhebel die Kommunen mit der Optimierung ihres Gebäudedebestandes in der Hand halten.

Transparenz als erster Schritt

Doch bei welchen Objekten und in welchen Bereichen sollen die begrenzten eigenen Ressourcen eingesetzt werden? Welche Maßnahmen sind am wirtschaftlichsten und entlasten gleichzeitig das Klima im größtmöglichen Umfang und werden dazu noch gefördert? Laut Ralf Stefan Golinski, Leiter CAFM bei der conject AG, können diese Fragen nur seriös beantwortet werden, wenn den politischen Entscheidungsträgern gesicherte und neutrale Informationen vorliegen. „Das Beispiel der Flächendaten zeigt, dass bei den bisher über 340 analysierten Kommunen rund 70 Prozent der Flächeninformationen entweder überhaupt nicht oder nur

in größtenteils veralteten Plänen vorliegen.“

Thomas Aumer, Bereichsleiter bei der BayernFM, empfiehlt folglich allen interessierten Kommunen, in einem ersten Schritt Transparenz zu schaffen und die eigenen Stärken und Schwächen herauszuarbeiten und erst im Anschluss konkrete Ziele und Maßnahmen zu definieren. „Erst der neutrale Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden liefert die Grundlage für eine sachgerechte und politisch durchsetzbare Entscheidung.“ Folglich haben die Bayern Facility Management GmbH, die cgmunich GmbH und die conject AG seit 2004 mit dem jährlich durchgeführten Projekt „RealisBench“ mehr als 350 Kommunen (von der Stadt München bis zur Gemeinde Büchenbach) mit insgesamt über 3.550 kommunalen Liegenschaften (Verwaltung, Schulen, Kinderbetreuung, Feuerwehr, Hallen) dabei unterstützt, folgende Ziele zu erreichen:

- Optimierung des Gebäudemanagements: Struktur, Prozesse, IT-Unterstützung, Datenmanagement
- Erfüllung der Vorschriften der Betreiberverantwortung: Organisatorische Verankerung, Vollständigkeit von Daten, Prüfungen und Dokumentationen
- Senkung der Immobilienkosten: Reinigung, Heizung, Wasser, Strom und Instandhaltung
- Senkung des Ressourcenverbrauchs: Strom, Heizung, Wasser, Berechnung CO₂-Ausstoß
- Optimierung des Flächenverbrauchs: Quadratmeter pro Mitarbeiter bzw. Nutzer

Die Projektergebnisse zeigen, dass für die Energie- die Reinigungs-, die Instandhaltungs- und die Wasserkosten in Summe noch sehr hohe Potenziale von 38 bis 56 Prozent vorhanden sind. Bezogen auf die einzelnen Kostengruppen sind bei den Kosten für Heizung und Strom die höchsten Einsparpotenziale vorhanden.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei einer Detailanalyse des Heizenergieverbrauchs. Hier ist bei allen Nutzungsarten ein hohes Einsparpotenzial vorhanden, dem bei den mittel- und langfristig steigenden Energiekosten eine immer größere Bedeutung zukommen wird. Nur ein konsequentes Energiemanagement auf Objektebene wird zu einer dauerhaften Senkung der Energiekosten führen.

Die Potenziale zeigen allerdings nur die halbe Wahrheit wie Norbert Rupp, Geschäftsführer der cgmunich GmbH, feststellt: „Seit dem Projektstart von RealisBench im Jahr 2004 haben die Teilnehmer Ihre Immobilienkosten im Durchschnitt um rund 12% gesenkt. Die Ursache liegt in einer stetigen Effizienzsteigerung im Gebäudemanagement und in der energetischen Sanierung zahlreicher kommunaler Liegenschaften.“

Detailanalysen

Eine Detailanalyse der einzelnen Kostenarten zeigt, dass sich die Quadratmeter-Kosten für die Heizung trotz steigender Energiepreise innerhalb der letzten 4 Jahre kaum verändert haben. Die Reinigungskosten sinken dagegen vor allem bei der Nutzungsart Verwaltung deutlich - eine Folge der verstärkten Vergabe an externe Dienstleister. Überaus positiv sind die steigenden Instandhaltungskosten zu bewerten, die sich bei der Nutzungsart Schulen von 2004 auf 2008 von 7,03 € auf 14,08 € pro qm und Jahr verdoppelt und bei der Nutzungsart Verwaltung von 2004 auf 2008 von 4,84 € auf 15,35 € pro qm und Jahr mehr als verdreifacht haben. Diese Entwicklung zeigt, dass mehr Mittel in den Werterhalt der kommunalen Objekte investiert werden. Gleichzeitig ist der im Projekt von den Teilnehmern gemeldete Instandhaltungsstau von rund 66.000.000 € weiterhin sehr hoch. Das Deutsche Institut für Urbanistik bestätigt diese Einschätzung und geht allein bei den Schulen bundesweit von einem Instandhaltungsstau von rund 64 Mrd. Euro aus. Eine besondere Brisanz bekommt diese Zahl vor dem Hintergrund der Betreiberverantwortung, die jedem Immobilieneigentümer ob-

liegt. In den letzten Jahren haben sich zudem die Anforderungen des Gesetzgebers an die sorgfältige Wahrnehmung von Verantwortung durch Unternehmen / Kommunen und die darin handelnden Personen verschärft. Die Betreiber und Eigentümer von Gebäuden werden verstärkt Haftungsrisiken ausgesetzt. Wo bei sich die Führungskräfte oftmals gar nicht der möglichen Folgen bewusst sind, die sich aus Fehlern oder Versäumnissen ergeben können.

Ein effizientes Management ist die halbe Miete

Eine dauerhafte Senkung der immobilienbezogenen Kosten ist nur dann möglich, wenn für den Immobilienbereich konkrete Ziele und eine entsprechende Strategie definiert worden sind, das Gebäudemanagement entsprechend strukturiert ist und durch die notwendigen IT-Werk-

zeuge unterstützt wird. Im Rahmen von RealisBench wird die „Effizienz des Gebäudemanagements“ im Rahmen eines Scoring-Modells berechnet. Die Ergebnisse zeigen, dass viele Kommunen auch in diesem Bereich auf einem guten Weg sind. War das Immobilienmanagement noch 2001 organisatorisch in der Regel auf zahlreiche Fachabteilungen verteilt gewesen, ist heute bei annähernd 70 % der RealisBench-Teilnehmer das Immobilienmanagement in einer eigenen Organisationseinheit oder in einer Tochtergesellschaft zusammengefasst. Große Potenziale gibt es dagegen noch in den Bereichen Datenmanagement, IT-Unterstützung und Immobilienstrategie. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht, dass sich Investitionen lohnen. Je effizienter das Immobilienmanagement einer Kommune aufgestellt ist, desto niedriger sind die immobilienbezogenen Kosten.

Im Spannungsfeld aus sinken-

den Einnahmen, steigenden Kosten und ökologischen Herausforderungen ist der kommunale Immobilienbestand ein Schlüsselfaktor auf dem Weg zu mehr ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit. Eine konsequente Steuerung trägt zur Konsolidierung der Haushalte, zum Erhalt des öffentlichen Vermögens und zum Klimaschutz bei. Ein Blick in die Entwicklung der letzten Jahre ist ermutigend. Immer mehr Kommunen und Regionen, wie zum Beispiel die Energiewende Oberland u.a. mit den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach-Tegernsee verpflichten sich öffentlich, ihren Energieverbrauch drastisch zu senken und ihre Energieproduktion auf erneuerbare Energien umzustellen – eine Investition in die Wirtschaftskraft der eigenen Region und damit in die eigene Zukunft.

Weitere Informationen zu RealisBench: Martin Behrends, Tel. 089/442 333 340 □

DEKRA zertifiziert „Kommunale Kompetenz“:

Effiziente Verwaltung in Freudenstadt

Freudenstadt wurde mit dem Dienstleistungszertifikat „Kommunale Kompetenz“ ausgezeichnet. Das Qualitätssiegel von DEKRA bescheinigt der großen Kreisstadt eine effiziente Verwaltungspraxis, besonderes Verständnis für die heimische Wirtschaft und Bürgerfreundlichkeit. Entwickelt wurde das Dienstleistungszertifikat „Kommunale Kompetenz“ von der Wirtschaftsfördergesellschaft Nordschwarzwald GmbH (WFG) gemeinsam mit den Kommunen und Vertretern der regionalen Wirtschaft. Damit hat die WFG, die auch das Zertifikat vergibt, eine bundesweit einmalige Vorreiterrolle übernommen. Das Anliegen aller Beteiligten ist dabei, so effizient wie möglich das unternehmerische Handeln der ortsansässigen Firmen zu sichern und diesen verlässliche Partner im öffentlichen Bereich zur Seite zu stellen.

Für die Qualität des Zertifizierungsprozesses sorgt DEKRA als professioneller Industrie-Zertifizierer. Damit die Zertifizierung der Gemeinden, Städte und Landkreise kein einmaliger Vorgang sondern ein nachhaltiger Prozess ist, erfolgen jährliche Überwachungsaudits von DEKRA. Nach drei Jahren ist dann eine erneute Zertifizierung, eine sogenannte Re-Zertifizierung, fällig.

Dreistufiger Aufbau

Die Zertifizierung von kommunalen Einrichtungen ist im Ablauf vergleichbar mit DIN-Zertifizierungen im Umwelt- und Qualitätsbereich und läuft in drei Stufen ab:

- Vorbereitung und Unterlagenprüfung (Ermittlung des Ist-Zustandes, Beschreibung der wesentlichen Prozesse),
- Startveranstaltung und Orientierungsbegehung vor Ort (Be-

gehung ausgewählter Verwaltungsbereiche),

- Prüfen der Organisation (Gespräche mit Amtsleitern, Mitarbeitern, Bürgern und Vertretern der Wirtschaft).

In diesem Verfahren wird auf den Prüfstand gestellt, wie effizient eine Verwaltung arbeitet, wenn es beispielsweise um die Geschwindigkeit der Bearbeitung von Baugenehmigungen geht oder Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden sollen. Ferner werden die direkten Beziehungen zu den Kunden, den Unternehmen und den Bürgern, untersucht und beleuchtet, wie rasch man zu Entscheidungen in den Gremien kommt.

Stärken und Schwächen erkennen

Was für Unternehmen seit langem Standard ist - sich zertifizieren zu lassen - gilt in der Region Nordschwarzwald auch für die

kommunalen Verwaltungen. „Mit diesem einzigartigen Zertifizierungsverfahren“, erläuterte WFG-Geschäftsführer Prof. Dr. Norbert Höpftner, „eröffnet sich die Chance, durch grundlegende Analyse der gesamten Organisation eigene Stärken, Schwächen sowie Verbesserungs- und Entwicklungspotentiale zu erkennen und zukünftiges Handeln darauf auszurichten“.

Eigenengagement

Die Gemeinde Schömberg und die Stadt Nagold führen das Dienstleistungszertifikat bereits seit sechs Jahren und konnten sich kürzlich über die überreichten Re-Zertifizierungsurkunden freuen. Auch der Landkreis Enzkreis und der Landkreis Calw wurden bereits zum dritten Mal mit dem Zertifikat „Kommunale Kompetenz“ ausgezeichnet. Weitere zertifizierte Kommunen sind die große Kreisstadt Calw, Bad Herrenalb und das Landratsamt Freudenstadt.

Alle Ausgezeichneten bewiesen mit der Erlangung des Zertifikats ein hohes Maß an Eigenengagement, mehr zu tun, als üblich und erfüllen die hohen Anforderungen eines dynamischen und leistungsfähigen Dienstleisters. Weitere Kommunalverwaltungen haben bereits Interesse bekundet, ebenfalls ihre Kompetenz unter Beweis zu stellen. □

E-PLUS GRUPPE



Typisch E-PLUS GRUPPE: schon wieder ganz vorn.

Dem Markt voraus zu sein hat bei uns Tradition. Weil wir nicht nur uns, sondern auch den Mobilfunk immer wieder neu erfinden. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur stolz, sondern verweist die Konkurrenz auch im Unternehmenswachstum auf die hinteren Plätze.

Virtueller Rundgang durch das historische München

Digitaler Stadtatlas für Kommunen auf DVD, USB-Stick oder im Internet

Das Ingenieurbüro für Geoinformatik Helmut Wenninger, der Franz Schiermeier Verlag und das Münchner Stadtmuseum haben ihr gemeinsames Projekt zur Entwicklung eines digitalen historischen Atlas der Stadt München erfolgreich abgeschlossen. Auf Basis eines aktuellen Stadtplans sind historische Karten, Luftbilder, Stadtmodelle, Fotos und weitere Informationen zu Bauwerken und anderen Sehenswürdigkeiten abrufbar. Wer möchte, kann auch eigene Daten laden und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Im Jahr 2008 feierte München sein 850-jähriges Bestehen. Das Ereignis war einer der Anlässe für das Vorhaben. Ein prominentes Forum für das Ergebnis ist nun die Dauerausstellung „Typisch München“ im Münchner Stadtmuseum. Dort können die Besucher historisches Kartenmaterial für ausgewählte Gebiete und die dazugehörigen Sachdaten aufrufen und visualisieren.

Vergleich von Damals und Heute

Damit der Stadtatlas von möglichst vielen Menschen genutzt werden kann, muss sowohl Zu-

gang als auch Bedienung unkompliziert sein. Ob DVD oder USB-Stick - beides braucht nur in einen Computer eingelegt bzw. gesteckt werden und funktioniert ohne lästiges Installieren und Registrieren. Dank der sogenannten „Pack&Go“-Technologie (Daten inklusive benötigter Software auf einem Datenträger) kann die Anwendung sofort gestartet werden. Der Startbildschirm beinhaltet neben dem Kartenfenster noch eine Navigationsleiste und einen Themenbaum mit einer Übersicht des vorhandenen Materials (nach Epochen oder Themen geordnet). Dort kann man dann das

gewünschte Interessengebiet auswählen, zum Beispiel Zoom auf Marienplatz und Anzeige der Kriegsschäden im Jahr 1945. Oder man lässt sich Fotos aus früheren Epochen und heute zum Vergleich zeigen. Diese und zahlreiche andere Möglichkeiten bietet bereits die Basisversion für Jedermann, deren intuitive Benutzerführung keinerlei Vorkenntnisse voraussetzt.

Technik passt sich der Zielgruppe an

Dafür ist viel geboten: Zum Angebot gehören mehr als 50 historische Pläne mit zugehörigen Sachdaten, wie zum Beispiel Wissenswerte zu Sehenswürdigkeiten, historische Luftaufnahmen oder auch die Standorte alt eingesessener Münchner Traditionsunternehmen. Wer eine einfache GPS-Maus an seinen Laptop steckt, den führt die Software sogar an sein gewünschtes Ziel.

Die Basisversion ist Bestandteil des Geografischen Informationssystems (GIS) CADdy des Münchner Ingenieurbüros Wenninger. Während sich diese anwenderfreundliche Consumer-Software weitgehend auf komfortable Abfrage- und Navigationsfunktionen konzentriert, eröffnet die Profi-Version ganz andere Möglichkeiten. Der sichtbare Unterschied zeigt sich bereits in der weitaus komplexeren Oberfläche mit zahlreichen Funktionen, Schaltflächen und Themen bzw. Karten zur Auswahl.

Vielfältig erweiterbar

Für diese Version benötigt man eine Registrierung und ein Software-Upgrade. Weitere Funktionen für „Fortgeschrittene“ sind das Editieren vorhandener Daten, eine Datenbank-Anbindung mit räumlichen Analyse-Möglichkeiten sowie die freie Gestaltung von Layouts. Mit der Einbindung von WMS Diensten (Web Map Services) kann der Stadtatlas sogar um aktuelle Daten zum Kanal-, oder Straßennetz erweitert werden.

Interessante Möglichkeiten bietet auch das Projekt „Gedächtnis einer Stadt“ des Unternehmens mapyoo. Dort werden die historischen Karten im Web visualisiert. Die vorhandenen Daten können dann mit eigenem Material (wie alte Fotos, Pläne und natürliche Karten) ergänzt werden. In Zeiten von Web 2.0 wollen die Bürger immer mehr Informationen nicht nur digital abrufen, sondern auch mit eigenen Beiträgen erweitern können. Das ist hier möglich.

Für Historiker, Nostalgiker und Touristen

Potenzielle Anwender des Projekts „digitaler Stadtatlas“ sind grundsätzlich alle, die sich für die Geschichte einer Stadt interessieren. Wer ist nicht schon einmal in einem Straßencafé gesessen und hat sich überlegt, wie der jeweilige Ort wohl aussah, als die Straßenbahn noch von Pferden gezogen wurde und die Beleuchtung aus Gaslaternen kam? Mit einem Laptop und dem 8-GB-USB-Stick können Sie nun diese Frage binnen Minuten beantworten - übrigens auch in Englischer Sprache.

In München ist der Service bereits teilweise nutzbar. Andere potenzielle Anwender, meist Kommunen, haben bereits angefragt. Es ist auch möglich, das Projekt mit dem interaktiven Webdienst zu beginnen. Dies ermöglicht das Einbeziehen von Bürger-Beiträgen zum Zeitpunkt der DVD- bzw. Stick-Veröffentlichung.

Weitere Informationen unter: www.wenninger.de

Verband Kommunalen Unternehmens:

Smartwerk geht online

Seit kurzem ist die Internetplattform www.smartwerk.net des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) online. Hintergrund dieses neuen Angebotes ist die Ende 2008 durch Gesetz und Rechtsverordnung geregelte Liberalisierung des Zähl- und Messwesens.

Die Messung von Energie sowie der Einbau, der Betrieb und die Wartung von Messstellen können zukünftig durch verschiedene Anbieter erfolgen. Dadurch stehen die Stadtwerke vor einer weiteren Herausforderung im liberalisierten Markt, auch wenn noch viele Rahmenbedingungen ungeklärt sind. Zum 01. Januar 2010 werden Stadtwerke bei Neubauten und größeren Renovierungen Zähler einsetzen, die den tatsächlichen Verbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegeln.

Smart Metering und Smart Grids

Das neue Internetangebot SmartWerk des VKU ist für die Stadtwerke eine Informations- und Serviceplattform zu Smart Metering, Smart Grids sowie den zukünftigen Entwicklungen eines vernetzten Energiesystems und bietet den Mitgliedsunternehmen eine willkommene zusätzliche Hilfestellung bei der richtigen Umsetzung der rechtli-

chen Rahmenbedingungen.

Nachdem es in einem ersten Schritt vor allem Informationen rund um Smart Metering gibt, werden in weiteren Ausbaustufen auch Themen wie Intelligente Netze und Elektromobilität hinzukommen.

Weitere Ausbaustufen geplant

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt 1.350 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser und Entsorgung. Mit über 220.000 Beschäftigten wurden 2008 Umsatzerlöse von rund 72 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment einen Marktanteil von 56,9 Prozent in der Strom-, 52,1 Prozent in der Erdgas-, 75,5 Prozent in der Trinkwasser-, 50,3 Prozent in der Wärmeversorgung und 11,2 Prozent in der Abwasserentsorgung.

Weitere Informationen unter: www.smartwerk.net

Schnellerer Zugang zu öffentlichen Aufträgen:

Neue Datenbank entlastet Wirtschaft

Ab 1. September 2009 erweitert das Auftragsberatungszentrum Bayern e.V. (ABZ) seinen Service. Unternehmen, die sich an Ausschreibungen für öffentliche Aufträge im Liefer- und Dienstleistungsbereich beteiligen wollen, können sich bereits im Vorfeld durch eine Zertifizierung Zeit und Kosten sparen. Haben sie den vom Gesetzesgeber verlangten Nachweis über Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit erbracht, erhalten sie vom ABZ ein Zertifikat, das bundesweit gilt und jährlich verlängert werden kann. Bislang waren Unternehmen gezwungen, alle vorgeschriebenen Belege für jeden öffentlichen Auftrag einzeln nachzuweisen.

Die zertifizierten Unternehmen werden dann in der Datenbank www.pq-vol.de freigeschaltet. Über einen Zugangscodex können die öffentlichen Auftraggeber per Mausklick erkennen, welche Firmen regional oder bundesweit für den jeweils zu vergebenden Auftrag in Frage kommen.

„Dieses neue Verfahren spart den Unternehmen Zeit, Geld und Nerven“, sagt ABZ-Chef Frank Dollendorf. Jetzt müssten Firmen mit Zertifikat nicht mehr an

Formalien scheitern. „Und öffentliche Auftraggeber wissen, dass sie auf Nummer sicher gehen“, so Dollendorf.

Das Auftragsberatungszentrum Bayern e.V. (ABZ) ist ein Gemeinschaftsprojekt der bayerischen IHKs und des bayerischen Handwerks. Seine Aufgabe ist es, vor allem kleineren bayerischen Firmen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erleichtern.

Weitere Informationen unter: www.abz-bayern.de

Rechtssichere Signatur auf digitalen Anträgen

Weg frei zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die bremen online services GmbH & Co. KG (bos KG) freut sich über einen weiteren Teilnehmer im Partnerprogramm: das Dortmund Unternehmen Comline hat sich für die die Governikus-Technologie entschieden und integriert den Governikus Web Signer in seine helic Government Suite. So können Behörden künftig elektronische Anträge zusammen mit der qualifizierten elektronischen Signatur anbieten und von den Nutzern direkt in der Anwendung rechtsverbindlich unterschreiben lassen.

Formulare, wie zum Beispiel Gewerbeanmeldungen nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie, werden im helic-Antragsportal bereitgestellt. Der hohe Stellenwert, den die bos KG auf eine einfache Bedienbarkeit der Produktgruppe Governikus Signer legt, kommt in diesem Fall dem Nutzer zugute: Das helic-Antragsportal wird aus seiner Sicht lediglich um eine weitere Funktion ergänzt. Der Nutzer füllt das Dokument online aus und kann dann eine qualifizierte elektronische Signatur auf dem Antrag anbringen. Voraussetzung ist der Besitz einer Signaturkarte. Der Governikus Web Signer erstellt die Signatur und garantiert damit die Rechtsverbindlichkeit des Formulars.

Der Antrag soll dann via OSCI sicher an die zuständige Behörde weitergeleitet werden. Dort bestätigt der einheitliche Ansprech-

partner (EA) den Eingang des Dokuments. Das Fallmanagement der helic Government Suite führt daraufhin alle benötigten Informationen aus den Formularen zusammen und stellt sie dem EA übersichtlich dar. Die integrierte Terminüberwachung gewährleistet in Anlehnung an die Zeitstempel eine fristgerechte Bearbeitung der Anträge.

Hohe Akzeptanz

Wenn alle benötigten Informationen vorliegen, wird der Antrag über das helic Fallmanagement an die zuständige Stelle, wie Gewerbeamt oder Handwerkskammer, weitergeleitet. Der rechtssichere Datentransport wird durch Governikus gewährleistet. Governikus nutzt dazu OSCI, den Protokollstandard für den rechtssicheren Datenaustausch mit der

deutschen öffentlichen Verwaltung. Beim Ausgang der Dokumente kann ebenfalls eine Signatur angebracht werden.

Im Zuge der Zusammenarbeit strebt die Comline AG die Zertifizierung des helic-Antragsportals als „Governikus-kompatibles Produkt“ in den beiden Klassen A (OSCI-Transport für den Datenaustausch) und C (Integration des Governikus Web Signers) an.

„Mit der Integration der Produkte der bos KG runden wir das Angebot unserer helic Government Suite ab. Behörden können so die Dokumente online bereitstellen und gleichzeitig rechtssicher ihre Authentizität belegen.“, nennt Stephan Schilling, Vorstand der Comline AG, die Gründe für die Zusammenarbeit.

Dr. Stephan Klein, Geschäftsführer von bremen online ergänzt: „Durch die Partnerschaft mit der Comline AG zeigt sich wieder, dass Governikus leicht in andere Produkte integriert werden kann. So sind schnell effiziente Lösungen zur Verfügung, die zum Beispiel bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie helfen.“

DURCH EFFIZIENTES MIETFORDERUNGSMANAGEMENT MIT SOZIALEM AUGENMASS.

- ... wir betreuen aktuell Mietforderungen von **einigen Hunderttausend Wohneinheiten** von öffentlich-rechtlichen, kommunalen und privaten Auftraggebern **auf sozial verträgliche Art.**
- ... unser **mehrsprachiges Team** kümmert sich auch **außerhalb der üblichen Geschäftszeiten** um die Betreuung der Mieter.
- ... wir **realisieren** durchschnittlich über **80 % der Forderungen.**
- ... unser Team besteht aus spezialisiert ausgebildeten **Juristen, Betriebswirten und Real Estate Analysten.**
- ... wir verfügen über ein bundesweites Netzwerk von **gut ausgebildeten Außendienstmitarbeitern.**

Gerne erläutern wir unseren Ansatz und unsere erfolgreiche Arbeit für Sie in einem persönlichen Gespräch:
debeo GmbH, Promenadestr. 2, 87527 Sonthofen, Klaus Wilhelm, Telefon: +49 (8321) 780986-19, E-Mail: k.wilhelm@debeo.com

debeo, deutscher Marktführer im Mietforderungsmanagement, ist ein Unternehmen der Seitz Real Estate Group. Diese hat ihre Schwerpunkte im Real Estate Investment Management, Asset Management, Research, Consulting und in der Wohnungsprivatisierung.

Die sozial verträgliche Betreuung von Mietforderungen ist ebenso die Aufgabe von debeo wie die Übernahme aller dazu gehörenden administrativen Arbeiten.



Dank unserer geschulten, mehrsprachigen Back Office- und Außendienstmitarbeiter können wir unseren Kunden ein überdurchschnittlich effizientes Mietforderungsmanagement anbieten. Unsere Realisierungsquote liegt im Durchschnitt bei über 80% innerhalb der ersten 30 Tage im außergerichtlichen Mahnverfahren. Darüber hinaus betreuen unsere spezialisierten Juristen auf Wunsch das komplette Mahn- und Klageverfahren.



Bayerische
Landessiedlung®

Alles aus einer Hand

Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Besuchen Sie uns auf der **KOMMUNALE 2009**
im Messezentrum Nürnberg vom 14. bis 15.10.2009
in Halle 12.0 / Stand 402

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Ostbayern und Westböhmen:

Starke Stimme im Konzert der europäischen Regionen

Seit einem Jahr gehen Ostbayerns und Westböhmens Wirtschaftsorganisationen gemeinsame Wege - 2,8 Millionen Euro für eine gemeinsame Zukunft

20 Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ sind Ostbayern und Westböhmen unterwegs in eine gemeinsame, grenzenlose Zukunft. Seit einem Jahr beflügelt die von den Wirtschaftskammern initiierte grenzüberschreitende Standortinitiative „Wir sind Europa!“ die Aktivitäten in der Grenzregion. Durch die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg, so sind die Partner überzeugt, haben Ostbayern und Westböhmen im europäischen Konzert der Regionen eine starke, gemeinsame Stimme – die sowohl vor Ort selbst als auch in Berlin, Brüssel und Prag manche Tür öffnen kann. „Davon profitieren unsere Unternehmen und letztendlich die gesamte Region“, sagt Dr. Jürgen Helmes, Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg.

Die Zusammenarbeit hat Modellcharakter: Sie soll ein Beispiel dafür sein, wie auch Grenzregionen zu den osteuropäischen Staaten Tschechien und Polen sich wirtschaftlich enger mit den Nachbarn verflechten können, von denen sie einst der Eisernen Vorhang trennte. Das Projekt „Wir sind Europa!“, vor einem Jahr auf den Weg gebracht von der IHK Regensburg und der Bezirkswirtschaftskammer Pilsen, setzt neue Maßstäbe in der grenzüberschreitenden Zusammenar-

beit: Mit einem Gesamtbudget von rund 2,8 Millionen Euro gehört „Wir sind Europa!“ zu den größten und ambitioniertesten Initiativen zur Standortpositionierung, die die IHK Regensburg jemals umgesetzt hat. Auch für die tschechische Partnerkammer in Pilsen hat das Projekt historische Dimensionen.

„Wir sind Europa!“

Bei ihrem gemeinsamen Weg in die Zukunft können die beiden

Wirtschaftskammern auf die Unterstützung der Europäischen Union zählen: 70 Prozent des deutschen Projektanteils und sogar 90 Prozent des tschechischen Budgets kommen aus dem Brüsseler Fonds für europäische Entwicklung. Die Initiatoren der grenzüberschreitenden Initiative sind überzeugt, dass jeder Euro in „Wir sind Europa!“ gut angelegt ist – weil das Projekt nicht nur im Slogan ein starkes Ausrufezeichen hinter die beiden Regionen setzen will, die sich zwischen den „Metropolen“ München, Prag und Nürnberg behaupten wollen.

„Wir setzen in unserem gemeinsamen Projekt alles daran, grenzüberschreitenden deutsch-tschechischen Initiativen zum Erfolg zu führen und selbst neue zu starten“, sagt Richard Brunner, der Projektleiter „Wir sind Europa!“ bei der IHK Regensburg. Knapp ein Jahr nach dem Start

sind viele Initiativen des bis 2011 dauernden Projekts auf einem guten Weg. In der beruflichen Aus- und Weiterbildung beispielsweise vermeiden die Initiatoren einen besonders großen Erfolg: Die tschechische Gerresheimer Wilden AG in Horšovský Týn und die Berufsschule Doma lica unterzeichneten jetzt eine Kooperationserklärung. Unter Experten gilt sie als Meilenstein in der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit. Zum ersten Mal überhaupt wird damit das Prinzip der dualen Ausbildungspartnerschaft zwischen Unternehmen und Berufsschule auch auf tschechischer Seite umgesetzt. Das wegweisende Kooperationsmodell, das jetzt ins Leben gerufen wird, könnte für viele andere Unternehmen und Berufsschulen in Deutschland und Tschechien nun Vorbild sein.

Netzwerk im Vordergrund

Im „Netzwerk Junge Wirtschaft“ sollen sich junge Unternehmer beiderseits der Grenze näher kennenlernen, Teil des Projekts sind auch Sprachkurse. Geschaffen werden soll mit dem Projekt auch ein tragfähiges Informationsnetzwerk zwischen Institutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kommunalverwaltungen. Dieses Wissen soll interessierten Unternehmen aus beiden Staaten zur Verfügung gestellt und langfristig ausgebaut werden.

Auf Hochtouren laufen die Arbeiten für eine gemeinsame, grenzüberschreitende Industriestandortkarte, die bis Ende dieses Jahres vorliegen wird. Dieser „Wegweiser“ durch die Wirt-



Zum ersten Mal überhaupt wird das Prinzip der dualen Ausbildungspartnerschaft zwischen Unternehmen und Berufsschule auch auf tschechischer Seite umgesetzt. Das wegweisende Kooperationsmodell, das jetzt ins Leben gerufen wird, könnte für viele andere Unternehmen und Berufsschulen in Deutschland und Tschechien nun Vorbild sein. Foto: obx.

schaftslandschaft in Ostbayern und Westböhmen soll die unternehmerischen Ressourcen und Potenziale der Regionen deutlich machen, gleichzeitig aber auch – zum Beispiel – für die Politik starke Argumente liefern, warum eine Kooperation und Investition am ehemaligen „Eisernen Vorhang“ so viel Sinn machen.

Zukunftschancen

Auch wenn die offizielle Projektlaufzeit im Juni 2011 endet – „Wir sind Europa!“ will Entwicklungsperspektiven aufzeigen, die weit darüber hinaus wirken und langfristige Zukunftschancen für Ostbayern und Westböhmen bieten – als starke Europaregion im Herzen Europas. Ansätze für ein

gemeinsames, grenzüberschreitendes Standortmarketing und ein Zukunftsbild sollen bis 2011 gefunden sein. „Von den Ergebnissen kann ein erheblicher Beitrag zur Positionierung der gemeinsamen Region, zur Entwicklung einer gemeinsamen Identität sowie zu einer professionellen Außendarstellung erwartet werden“, sagt Projektleiter Richard Brunner.

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Sprungbrett ins Leben

Bezirk unterstützt Förderangebot für erwachsene Autisten in Unterfranken

Will Familie Uschwa gemeinsam mit ihrem Sohn Geburtstag, Ostern oder Weihnachten feiern, müssen lange Fahrwege in Kauf genommen werden - zweimal hin und zurück 1.400 Kilometer. Sohn Rainer, der an Autismus leidet, lebt in Oberbayern. In einer Einrichtung, die sich um erwachsene Autisten kümmert. Seit einem Jahr kämpfen die Uschwas zusammen mit anderen Eltern vom Verband Autismus Unterfranken für eine erste Spezialeinrichtung in der Region. Soeben gab der Bezirk grünes Licht für die Förderung.

Unterfränkische Eltern von Kindern mit Autismus geraten nach der Schulzeit in einen Konflikt. Einerseits wollen sie, dass ihr erwachsener Sohn, ihre erwachsene Tochter bestmöglich gefördert wird. Was derzeit nur außerhalb Unterfrankens möglich ist. Andererseits wissen sie, wie wichtig für ihr Kind der familiäre Rückhalt ist. Männer und Frauen mit Autismus haben es schwer, mit anderen klar zu kommen, denn sie nehmen zwischenmenschliche Interaktionen anders wahr als ihr Umfeld. Leicht kommt es zu Missverständnissen. Oder zum Gefühl, nicht verstanden zu werden. Anna Marie Uschwa: „Das frustriert und kann Aggressionen erzeugen.“ Gut, wenn ein vertrauter Mensch aus der Familie in der Nähe ist, der beruhigt und tröstet.

Spezielle Betreuung

Das Dominikus-Ringeisen-Werk in Maria Bildhausen bei Bad Kissingen erwies sich nach langer Suche als optimaler Partner für den Aufbau einer ersten Einrichtung für autistische Erwachsene. Vor einem Jahr wurde die Kooperation zwischen dem Verband Autismus Unterfranken und der Behinderteneinrichtung angebahnt. Im Winter entstand in gemeinsamer Arbeit von Eltern und Einrichtung das Förderkonzept. Anfang August einigten sich der Bezirk Unterfranken und die Behinderteneinrichtung auf ein Finanzierungskonzept. Nun beginnt die Suche nach Personal und Räumen für die „Tagesförderstätte für Menschen mit Autismus in Unterfranken“ (TAU). Sechs Plätze sollen zunächst geschaffen werden. Als Standort wurde Würzburg gewählt.

Charakteristisch für Menschen mit Autismus ist laut Anna Marie Uschwa, dass sie sich zurückziehen, sowie sie sich unverstanden oder abgelehnt fühlen. „Das kann so weit gehen, dass der Le-

bensraum immer enger wird.“ Depressionen seien programmiert. Nur durch eine spezielle Betreuung ist es den meisten Menschen mit Autismus möglich, sich auf die für sie verwirrende, als chaotisch empfundene Welt einzulassen. Erhalten sie dieses besondere Sprungbrett ins Leben der „normalen“ Menschen, können sie Kontakt zu anderen aufnehmen und einer sinnvollen Arbeit nachgehen.

Kaum möglich ist es für Menschen mit Autismus, sich in einer herkömmlichen Behinderteneinrichtung zu behaupten. Dort ist viel geregelt. Doch Autisten sind oft nicht fähig, sich auf fremde Regeln einzulassen. Hingegen pflegen viele von ihnen eigene, für Außenstehende absurde Rituale. Manche Menschen mit Autismus bestehen auf einem bestimmten Sitzplatz. Undenkbar, einen anderen Platz einzunehmen. Oder sie gehen ganz bestimmte Wege. Abweichungen sind für sie inakzeptabel. Derartige Rituale können kaum ausgelebt werden in einer Umgebung, wo jeder „mitspielen“ muss, damit das große Ganze, die Behinderteneinrichtung, funktioniert.

Individuell geschulte Fachkräfte

In der „TAU“, wie die Eltern vom Verband Autismus Unterfranken „ihre“ neue Einrichtung liebevoll nennen, werden Fachleute arbeiten, die wissen, wie schnell ein falscher Umgang mit autistischen Menschen im Fiasco enden kann. Die TAU-Mitarbeiter, die derzeit gesucht werden, erhalten eine spezielle Fortbildung, um gut mit autistischen Menschen im Alltag umgehen zu können; zum Beispiel, plötzliche auftretende Verhaltensprobleme rasch in den Griff zu bekommen. Menschen mit Autismus, bestätigt Anna Marie Uschwa, neigen zu rapiden Stimmungsumschwüngen. Eben noch war die

Welt in Ordnung. Aus heiterem Himmel kommt es zu einer Aggressions- oder Autoaggressionsattacke. Dann muss prompt interveniert werden, um eine Krise abzuwenden.

Anna Marie Uschwa freut sich auf die Aussicht, ihren Sohn endlich wieder in ihrer Nähe zu haben. Allerdings soll die Umsiedlung von Oberbayern nach Unterfranken für den 38 Jahre alten Rainer kein Rückschritt sein. Ebenso wie die anderen Eltern vom Verband Autismus Unterfranken wünscht sich das Ehepaar Uschwa, dass ihr erwachsener Sohn auch künftig selbstständig lebt. Am besten mit einem oder zwei Mitbewohnern zusammen. Betreut von einem persönlichen Assistenten, der Rainer einfühlsam und kompetent begleiten kann. Ob und wann der Bezirk Unterfranken diesem Wunsch der Eltern nach einem Wohnangebot nachgeben wird, steht allerdings noch nicht fest.

Pat Christ

Übergriff auf Neu-Ulmer OB

Ex-CIA-Häftling al-Masri stürmte Noerenbergs Büro

Hämatome, Prellungen, eine schmerzende Nase und ein Bruch im Fingergelenk sind das Ergebnis einer brutalen Attacke auf den Neu-Ulmer Oberbürgermeister Gerold Noerenberg. Der Deutsch-Libanese Khaled al-Masri hatte den 52-Jährigen in dessen Büro angegriffen und verletzt und war anschließend geflohen.

Al-Masri war Ende 2003 in Mazedonien mutmaßlich vom US-Geheimdienst CIA nach Afghanistan verschleppt worden. Nach eigenen Angaben wurde der Deutsch-Libanese dort gefoltert und leidet seitdem unter Todesangst. Zudem fühlt er sich von Geheimdiensten verfolgt.

Ermittlungen zufolge war der arbeitslose Autohändler, der in der Nachbarstadt Senden wohnt, am Vormittag in das Arbeitszimmer Noerenbergs gestürzt und hatte diesen mit den Fäusten mehrfach ins Gesicht geschlagen und sogar einen Stuhl nach ihm geworfen. Nachdem es dem Stadtoberhaupt gelungen war, aus dem Dienstzimmer zu flüchten, habe al-Masri in rasender Wut die Einrichtung zertrümmert. Nach dem Angriff flüchtete der 46-Jährige, wurde jedoch wenig später festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Memmingen stellte sofort Antrag auf Haftbe-

handlung geht es Noerenberg mittlerweile wieder gut. Über die Gründe des Überfalls kann der CSU-Politiker nur spekulieren. „Für mich ist er ein kranker Mensch, der Hilfe braucht.“ Wenn al-Masri möglicherweise glaube, er, Noerenberg, hätte etwas mit seiner Entführung durch die CIA zu tun, dann sei das nur ein Beleg für dessen psychische Probleme. DK



Günzburgs Landrat Hubert Hafner (l.) und der Familienbeauftragte des Landkreises, Meinrad Gackowski, haben die neue Landkreishandbroschüre zum Thema „Heiraten“ vorgestellt. Das Info-Heft ist unter www.familien-und-kinderregion.de/hochzeit zum Download zu finden.

Erfreuliche Auftragsvergabe

Jahrestreffen des schwäbischen Handwerks
mit den Landräten aus Schwaben in Sonthofen

Die Auftragsvergabe im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets und die wirtschaftliche Lage im Handwerk standen beim Jahrestreffen der schwäbischen Landräte mit der Führungsspitze der Handwerkskammer für Schwaben (HWK) auf der Tagesordnung. „Das Handwerk ist ein starker Wirtschaftsfaktor und fest in der Region verwurzelt. Deshalb ist der Austausch mit den Landräten für uns überaus wichtig und unverzichtbar“, freut sich Jürgen Schmid, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben, über das erfolgreiche Jahrestreffen.

Das zentrale Thema beim diesjährigen Treffen war der Stand der Auftragsvergabe beim Konjunkturpaket II. Die Landkreise, die Städte und Kommunen in Schwaben haben für die Jahre 2009 und 2010 Bauaufträge im Wert von 204 Millionen Euro zu vergeben. Die Landräte konnten dazu Erfreuliches berichten.

Die Regierung von Schwaben hat bislang für rund 80 Projekte die Finanzmittel freigegeben. Die bewilligten Gelder fließen vorwiegend in Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, zum Beispiel den Einbau von neuen, wärmedämmenden Fenstern. Bei der Auftragsvergabe kamen, so berichteten die Landräte, fast immer heimische Handwerksbetriebe zum Zuge. Landrat Kaiser (Oberallgäu) betonte, sein Amt habe ganz bewusst in Teillosen ausgeschrieben, so dass kleinere Handwerksbetriebe eine reelle Chance bei der Auftragserteilung bekommen. Man beschreite den Weg der Fach- und Teillosvergabe konsequent, auch wenn dies in den Bauverwaltungen etwas mehr Aufwand bedeute.

Handwerk zeigt sich in der Krise robust

„Handwerksunternehmen dürfen nicht durch unnötige Hürden behindert werden“, forderte Kammerpräsident Schmid. Insbesondere die Sicherstellung der Kreditversorgung und steuerliche Entlastungen sind Kernforderungen des Handwerks. Während die handwerklichen Metall- und Zu-

liefererbetriebe weiter von der Krise der Exportwirtschaft stark betroffen sind, ist die gegenwärtige Konjunktur in den Bau- und Ausbauhandwerken durchaus zufriedenstellend. Dadurch lässt sich auch erklären, dass manch ein Betrieb bislang wenig Interesse an den öffentlichen Ausschreibungen gezeigt hat. Diese Sorge bewegt gerade die Landräte, die befürchten, mangels Beteiligung schwäbische Betriebe Aufträge „nach außen“ vergeben zu müssen.

HWK-Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner forderte die heimischen Betriebe auf, sich trotz derzeit guter Auftragslage an den Ausschreibungen zu beteiligen. Denn eine Reihe von Aufträgen müssten oftmals nicht sofort, sondern erst im Frühjahr ausgeführt werden. Die Beteiligung an Ausschreibungen sei kein Buch mit sieben Siegeln, so Wagner. Firmen, die bisher bei öffentlichen Aufträgen abgewunken hätten, unterstützt die Kammer durch Informationen.

Tipps zu öffentlichen Ausschreibungen

Die HWK organisiert bereits zum zweiten Mal eine Veranstaltung zum Thema öffentliche Ausschreibungen. Zielgruppe sind vor allem Betriebe, die sich bisher noch nicht oder nur selten an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt haben. Themen sind unter anderem Vergabeplattformen und Praxistipps für das Ausfüllen von Kalkulationsblättern. Die nächste Informationsveranstaltung

ist für den 6. Oktober geplant.

„Mit einem Minus von 7,3 Prozent bei den neuen Lehrstellen sind wir deutlich besser als der Durchschnitt der bayerischen Handwerkskammern“, betonte Präsident Jürgen Schmid. „Alle Kräfte in unserem Haus haben sich für dieses Ergebnis ins Zeug gelegt und ich bin den schwäbischen Handwerksunternehmen für dieses Engagement dankbar. Ausdrücklich mache ich jungen Menschen, die noch keine Lehrstelle gefunden haben, Mut in ihren Bewerbungsaktivitäten nicht nachzulassen. Für unverstärkte Bewerber organisiert die HWK Nachvermittlungsbörsen in ganz Schwaben. Der Ausbildungsmarkt ist immer noch in Bewegung. „Mit gezielter Nachwuchswerbung wollen wir den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen“, so Präsident Schmid.

Krisenberatung

Leider geht die Krise nicht an allen Betrieben spurlos vorüber. „Der rechtzeitige Griff nach dem Rettungsring ist entscheidend“, erläuterte Ulrich Wagner, Hauptgeschäftsführer das Konzept der HWK zur Unterstützung ihrer Betriebe in der Krise. Denn nur dann könne die Hilfe der HWK in den Bereichen Finanzierung, Recht, Personal und Weiterbildung optimal greifen. „Unternehmensanalyse, die Begleitung zu Bankverhandlungen, Krisencheck, Beratung zur Forderungssicherung und zu Themen wie Personalmanagement sind nur einige unserer umfangreichen Maßnahmen, die wir unseren Betrieben im Rahmen der Krisenberatung anbieten können“, erklärte Wagner. „Mit einer Veranstaltungsserie mit dem Schwerpunkt Finanzierung setzen wir unser Krisenberatungsangebot im Herbst fort.“ □

4. Landshuter Kunstnacht:

Entspannte Einblicke

Viel Zuspruch und Anerkennung erfuhr auch die vierte Landshuter Kunstnacht. Insgesamt 13 Galerien, Kunstvereine sowie private, städtische und staatliche Museen und Institutionen hatten am 11. September vier Stunden lang für alle Interessierten ihre Türen bei freiem Eintritt geöffnet.

Die Tatsache, dass die Veranstaltung definitiv dem Versuchsstadium entwachsen ist und ab jetzt einen festen Termin im Jahreslauf des Landshuter Kunstlebens darstellt, würdigte die an der Kunstnacht beteiligten Kulturinstitutionen und Kunstgalerien auf besondere Art: Sie verlost fünf „Kunstpreise“ unter den Besuchern, gleichsam als Dankeschön an das kunstsinnsinnige Publikum, das Jahr für Jahr mit seiner regen Beteiligung, viel Neugier und Aufgeschlossenheit für den Erfolg der Kunstnacht gesorgt hat.

Oberbürgermeister Hans Rampf eröffnete die Kunstnacht im Rathausfoyer mit der Ausstellung „Fundort Region - Junge Kunst aus Niederbayern“. Sechs junge Künstler präsentierten in der Großen Rathausgalerie Keramiken, Installationen, Gemälde und Druckgraphiken.

Die Künstlerinnen und Künstler - Anja Kutzki aus Pocking, Stefan Meisl aus Thyrnau, Iris Nitzl aus Weihmichl, Sybille Regotta aus Landshut, Verena Schönhofer aus Passau, Alexander Stern aus Straubing - schlossen sich anlässlich der Ausstellung zu einer losen Künstlergruppe zusammen und stellten erstmals in dieser Zusammensetzung aus. Im Anschluss an die Landshuter Ausstellung planen die sechs jungen Künstler zwischen

29 und 36 Jahren weitere gemeinsame Ausstellungen. „Fundort Region“ ist bis 4. Oktober in der Großen Rathausgalerie zu sehen.

In den Kursen der „Ressource Sommerakademie Landshut 2009“ haben Kinder und Jugendliche das große Thema „Natur“ erkundet und in verschiedensten Gemälden, Collagen und Objekten umgesetzt. Eine Auswahl dieser kleinen und großen Werke sind nun unter dem Motto Tümpel, Bäume, Tiere - Kinder gestalten Natur“ in der Städtischen Galerie im Röcklurm zu sehen. Das besondere Anliegen der Ressource Sommerakademie 2009 ist es, der kreativen Vorstellungswelt junger Menschen mehr Raum in der Stadtgesellschaft einzuräumen.

Während im Museum im Kreuzgang Arbeiten der Landshuter Künstlerin Dagmar Pachtner im Mittelpunkt stehen, die bei mehreren Japan-Aufenthalten entstanden sind, zeigt die Neue Galerie Landshut mehrere japanische Künstler, die die Gegenerfahrung zu diesen künstlerischen Auseinandersetzungen thematisieren. Dabei handelt es sich um internationale Künstler, die nur oder erst seit kürzerer Zeit in Deutschland leben und ihre Sichtweise und Standpunkte in Auseinandersetzung mit der westlichen Kultur und ihren Phänome-

nen formulieren. So ist nun neben dem eurozentrischen Blick auch der Blick von außen auf unsere Kultur möglich, was dem Publikum wiederum eine Reflexion mit den eigenen, auch vorgefassten Sichtweisen ermöglicht.

In den unterirdisch im Inneren des Landshuter Hofberges gelegenen Museumsräumen wird in einer vom Bildhauer Fritz Koenig persönlich eingerichteten Ausstellung ein Überblick über das gesamte plastische und graphische Werk gegeben. Der 1924 geborene Künstler gehört heute zu den bedeutendsten Protagonisten der deutschen Skulptur der Gegenwart.

In besonders schöner Atmosphäre konnte die große Sonderausstellung „Ewig blühe Bayerns Land - Herzog Ludwig X. und die Renaissance“ in der Stadtresidenz genossen werden. Die festlich erleuchteten Prunksäle im Italienischen Bau luden ein, sich in die Epoche der Renaissance zurückzusetzen. Experten beantworteten Fragen zur Hofkunst der Renaissance Herzog Ludwigs X. und seinem spektakulären Palastbau und stellten besondere Exponate vor.

Auch in allen anderen an der Kunstnacht beteiligten Einrichtungen fanden über den ganzen Abend verteilt Ausstellungseröffnungen und besondere Aktionen statt. So bot sich jedem die Möglichkeit, bei einem nächtlichen Rundgang einen Einblick in die Landshuter Kunst- und Ausstellungswelt zu bekommen. DK

GZ

Gestern
hat mein Chef gesagt ...



„Also, da fällt mir eigentlich nur ein Götz-Zitat ein.“ Mein Chef, der Bürgermeister, warf allerdings nicht mit dem berühmt-unflätigen Goethewort um sich, das in alten Schulausgaben des „Götz von Berlichingen“ so schamvoll mit „er lecke mich ...“ camoufliert wurde. Nein, es ging natürlich um den ebenso bekannten Satz in dem Drama: „Wo viel Licht ist, ist starker Schatten.“

In den Sinn kam ihm das Zitat, als er von der „Säule der Toleranz“ in Freiburg las. Deren Grundidee ist so simpel wie bestechend: Ein Platz in der Freiburger Innenstadt dient seit langem zehrfreudigen Jugendlichen als bevorzugter Treffpunkt. Diese geben ihrer Lebensfreude manchmal mehr als lautstark Ausdruck, so dass sich die Anwohner – wie in so vielen anderen Fällen auch – gestört, belästigt und be-

um Verbote oder freundlich-fürsorgliche Empfehlungen zu gutem Benehmen zu scheren. Fakt ist, dass die Zielgruppe der leuchtenden Mahnung erst so richtig aufdreht, wenn die Sache auf „gelb“ steht und die Post dann verschärft abgeht, wenn die rote Stele eigentlich zu elysischer Ruhe gemahnt. Dem erhobenen roten Plastikzeigefinger wird einfach ein kerniges Götz-Zitat entgegen-

geschleudert (in dem Falle das bekanntere!).

Ja, die Leute erleuchten und dann auch noch zu erfreuen ist eine Kunst, die nicht immer gelingt. So auch in Regensburg, wo die Lichtinstallation von durch Elektromotoren angetriebenen „peitschenden Laternenmasten“ bei den Anwohnern eher Irritationen und die Assoziation von Disko-Lichtorgeln auslöst, als dass sie den Kunstgenuss richtig goutieren würden.

Dabei sind Helligkeit und Licht, diese Grundsehnsüchte des Menschen, geradezu geschaffen, um künstlerisch verwertet zu werden. Sei es im Kleinen, wie bei Lichtinstallationen fürs Wohnzimmer oder im pervertiert-gigantischen, wie bei den Lichtdomen zu den Olympischen Spielen 1936, die für mich immer noch beklemmende Beispiele für den Missbrauch von Licht für dunkle Zwecke darstellen.

Mein Chef, der Bürgermeister, wollte schon immer mal etwas Künstlerisches mit Licht in der Stadt initiieren. Er hat dafür tief in die Motenkiste gegriffen und einen örtlichen Künstler beauftragt, die alte Idee von „son et lumière“ aus Frankreich wiederzubeleben. Dabei werden historische Gebäude unserer schönen Altstadt nachts in verfremdende oder auch enthüllende Lichtkegel getaucht und dazu wird die passende Hintergrundmusik abgespielt. Mal romantisch, mal bedrohlich, mal suggestiv. Abwarten, wie diese Prise Nostalgie bei den Leuten ankommt. Bedenken wir dabei den Satz, den der chinesische Philosoph Konfuzius schon vor über 2500 Jahren für das heutige Kalenderblatt geprägt hat: „Es ist besser, auch nur ein kleines Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen.“

Ihre
Sabrina



Traunreuter Geschichtsweg eröffnet:

„Der Spatz“ als Industriedenkmal

Der Traunreuter Geschichtsweg mit insgesamt 14 interessanten Stationen ist von Bürgermeister Franz Parzinger eröffnet worden. An der Station/Stele Nummer 8, die über die Firma Alzmetall GmbH & Co. KG, über Industrieanlagen im Wandel und von der Autoherstellung bis zur Kunst berichtet, wurde außerdem ein besonderes Industriedenkmal enthüllt: ein Glaspavillon mit einem „roten Flitzer“, genannt „Der Spatz“ - einem Auto, von dem knapp 2000 Exemplare zwischen Februar 1956 und Mai 1957 auf dem Werksgelände der Firma Alzmetall in Traunreut gebaut wurden.

Das Stadtoberhaupt war zu diesem Ereignis mit einem ebenfalls damals von der Firma Alzmetall konstruierten Rennwagen der Serie „V“ angebraut. Heike Friedrich (Zwillingsschwester von Heiner Friedrich) vertrat bei dieser Eröffnungsfeier die Familie Friedrich und damit die Inhaber der Firma Alzmetall zusammen mit Michael Reich und Wilhelm Schiepek, die sich mit Bürgermeister Franz Parzinger, dem Arbeitskreis „Verkehr“ - vertreten durch Walter Appel - und allen Beteiligten freuten, dass der neue Rundweg so gut gelungen ist und über die geschichtliche Entwicklung der Stadt Traunreut und die wechselvolle Vergangenheit des nördlichen Chiemgaus berichtet.

Die Wegstrecke ist 3,2 km lang und in etwa zwei Stunden zu bewältigen. Organisierte Führungen beginnen jeweils an der Station Nr. 1 am K1 (Kultur- und Bürgerhaus). Für Interessierte liegt im Traunreuter Rathaus ein Flyer auf. Führungen können über Alina Costeschi – zu erreichen unter der Telefonnummer 08669 / 857183 – gebucht werden. Foto: Stadt Traunreut

Landkreis Miltenberg:

20 Jahre Kulturwochenherbst

Variété, Musik, Comedy und die außergewöhnliche Kunstsammlung Brabant: Der Kulturwochenherbst im Landkreis Miltenberg glänzt auch im 20. Jahr seines Bestehens mit einer Vielzahl hochklassiger Veranstaltungen.

Wie Landrat Roland Schwing in seinem Vorwort zum Programmheft betont, wird der Kulturherbst „von der Sammlung Brabant überstrahlt“. Dabei handelt es sich um eine der bedeutendsten deutschen Privatsammlungen, die vom 3. Oktober bis 22. November in der Obemburger Kochsmühle gezeigt wird. Präsentiert wird Kunst der 1920er bis 1940er Jahre, die einen Eindruck von dieser schwierigen Zeit anhand von Ölgemälden und Papierarbeiten vermittelt – unter anderem von Künstlern wie Max Beckmann, Otto Dix, Conrad Felixmüller, Karl Hofer und Elfriede Lohse-Wächtler.

Am 17. Oktober wird in der Frankenhalle Erlenbach die Unterhaltungsshow „Las Vegas Starlight“ aufgeführt, die Elemente von Magie, Comedy, Variété und Musical vereint. Die Show verspricht eine musikalische, artistische, magisch-komödiantische Reise durch das Las Vegas von einst und heute. Das traditionelle „Rising Star“-Konzert mit Professor Buck und jungen Nachwuchssolisten findet am 24. Oktober im Kleinheubacher Schloss statt.

Tags darauf führt ein Weltmusikfestival im Elsenfelder Bürgerzentrum Musiker aus Laos, Türkei, Amerika, Indien und Europa zu außerordentlichen musikalischen Begegnungen zusammen. Gute Laune ist garantiert, wenn der Brite Mark Britton am 31. Oktober in der Amorbacher

Zehntscheuer sein Comedy-Programm „Zu Hause bei Mark Britton – Frauen und Kinder zuerst präsentiert“. Er zeigt, was passiert, wenn ein Engländer in den Armen einer deutschen Frau landet und das deutsche Familienleben meistern muss.

„Geist der Freiheit“

Ebenfalls am 31. Oktober geht es in der Miltenberger Stadtpfarrkirche um den „Geist der Freiheit“ bei einem Gesprächskonzert mit Friedrich Schorlemmer, dem Süddeutschen Kammerchor und dem Barockorchester Mannheimer Hofkapelle. Der Wittenberger Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer gehörte zu den geistigen Führern des DDR-Widerstandes. Seine Betrachtungen zum Thema Freiheit, eingefügt in Bachs Johannespassion und Graupners Passionsmusik, rücken diese Kompositionen in ein neues Licht.

Ein Konzert des Leipziger Streichquartetts und des Miltenberger Klaviervirtuosen Carl Werner Punzmann erwartet die Besucher des Konzertes am 22. November im Alten Rathaus Miltenberg. Die Leipziger haben sich mittlerweile zu einem der gesuchtesten und vielseitigsten Ensembles der Gegenwart profiliert. Für den Klavierpädagogen und Konzertpianisten Carl Werner Punzmann ist das Konzert

sein Abschied von der Bühne.

Mit Dieter Hildebrandt und Roger Willemsen stehen am 25. November zwei bekannte deutsche Künstler auf der Bühne der Erlenbacher Frankenhalle. Sie lesen aus „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort! – Die Wahrheit über die Lüge“. Hildebrandt und Willemsen haben die wichtigsten, dreistesten und ungewöhnlichsten Lügen gesammelt und präsentieren sie unterhaltsam.

Literatur einmal ganz anders präsentiert der Schauspieler Ralf Bauer am 4. Dezember in der Obemburger Kochsmühle, wenn er den Zuschauern bei „Bauer in Love“ auf spannende Weise Schönheit, Ernst und Heiterkeit der großen Dichter nahebringt. Sein musikalischer Partner Pat

Fritz transportiert die „gedrehten Worte heerer Kunst“ mit Gitarre und großartiger Stimme.

Auch der „Fränkische Block“ bereichert den Kulturherbst mit mehreren Veranstaltungen. Volksmusik pur erleben die Gäste auf dem „fränkischen Volksmusikschiff“, das am 4. Oktober auf dem Main zwischen Miltenberg und Wertheim verkehrt. „Rosenkranz-singen“ steht am 25. Oktober in der Bürgstadter Martinskapelle auf dem Programm. Die „fränkische Weihnacht“ am 27. Dezember in der Röhlbacher Pfarrkirche beschließt die Veranstaltungen des „fränkischen Blocks“.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen des Kulturwochenherbstes sind „Il Curioso – Musik der Stille“ (15. November, Pfarrkirche Röhlbach), das Kindermusical „Aladin“ (28. November, Bürgerzentrum Elsenfeld) und das Neujahrskonzert (2. Januar 2010, Bürgerzentrum Elsenfeld). **DK**

Fußball-Länderspiel der Bürgermeister in Traunstein:

Siegreiches Deutschland

Souveränes 11:1 gegen Österreich
OB-Empfang im Rathaus

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Stadt Traunstein ein Fußball-Länderspiel ausgetragen. Bei der Partie Deutschland gegen Österreich im Triftstadion spielten jedoch nicht die offiziellen Teams der Fußballverbände, sondern die Nationalmannschaften der Bürgermeister, die sich vor einem Jahr gegründet hatten, um parallel zur Fußball-EM eine Europameisterschaft der Bürgermeister zu veranstalten.

Vor etwa 100 Zuschauern zeigten die deutschen Stadt- und Gemeindeoberhäupter vollen Einsatz und besiegten ihre Kollegen aus der Alpenrepublik souverän mit 11:1. Die Mannschaft aus Österreich war aufgrund verletzungs- und urlaubsbedingter Absagen mit nur elf Mann ange-reist. „Aber das Ergebnis ist zweitrangig. Was zählt, sind der Spaß und die Kameradschaft“, waren sich die Spieler beider Mannschaften einig.

Empfang im Rathaus

Vor dem Anpfiff hatte Oberbürgermeister Manfred Kösterke die beiden Mannschaften im Rathaus empfangen. Er begrüßte die Bürgermeister aus über 30 deutschen und österreichischen Städten mit einem Zitat des ehemaligen holländischen Nationalspielers Johann Cruyff: „Wenn es keinen Fußball gäbe, ich würde ihn erfinden!“ Der deutsche Teamchef Joachim Schuster aus Neuenburg am Rhein (Baden-Württemberg) bedankte sich seinerseits für die freundliche Aufnahme in Traunstein.

Scheck von der Sparkasse

Vor dem Anstoß stand zudem noch einer der Höhepunkte des Abends auf dem Programm: Stefan Zahnbrecher übergab als Vertreter der Kreissparkasse Traunstein-Trostberg im Auftrag des Sparkassenverbandes Bayern einen Scheck in Höhe von 2000 Euro zu Gunsten des SOS-Kinderdorfes Ammersee-Lech. Weitere

1000 Euro übergab der Oberbürgermeister von Neuburg an der Donau, Bernhard Gmehling,



Einziger bayerischer Spieler auf dem Feld: OB Gmehling. □

in seiner Eigenschaft als Verwaltungsratsvorsitzender der Kreissparkasse Neuburg-Rain.

Eigene Homepage

Gmehling war auch der einzige bayerische Spieler auf dem Feld. Wie seine Team-Kollegen kann er eine jahrelange Erfahrung als aktiver Feldspieler vorweisen. „Der Sonntag gehört dem Fußball. Da muss sogar das Gründungsfest der Feuerwehr einmal zurückstehen.“ Seit ihrem ersten Einsatz vor einem Jahr hat die Bürgermeister-Mannschaft zunehmend professionalisiert. So gibt es neben eigenen Trikots mittlerweile auch eine eigene Homepage (www.dfnb-online.de). Als offizielle Partner und Sponsoren treten unter anderem der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der DFB auf. **DO.**

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 8. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umweltschutz, Abfall und Recycling, Altlastensanierung
- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen – ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Garten- und Landschaftsbau
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperreffposten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperreffposten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene

kerler

Alles in Textil bestickt — gewoben —
bedruckt — individuell gefertigt !

z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt
als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER

Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriest. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
gerasmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für Lichtfeste Ideen
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!